

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonntags. Bezugspr. 3 M. u. Kreuzb. 4 M. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Ffpr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598

45. Jahrgang

Hamburg, 20. Juni 1931

Nummer 25

Dem Verbandstag in Breslau zum Gruß!

In der letzten Suniwoche treten die Delegierten unserer 22. Generalversammlung im Gewerkschaftshaus zu Breslau zusammen. In einer schicksalsschweren Zeit tagt diesmal unser Verbandstag, denn eine solche andauernde ungeheure Arbeitslosigkeit in Deutschland wie in den verflochtenen zwei Jahren haben wir noch nie erlebt. Erschütternd und trostlos wirken sich die Folgeerscheinungen einer seit Jahren daniederliegenden Wirtschaft im Haushalt der Erwerbslosen aus.

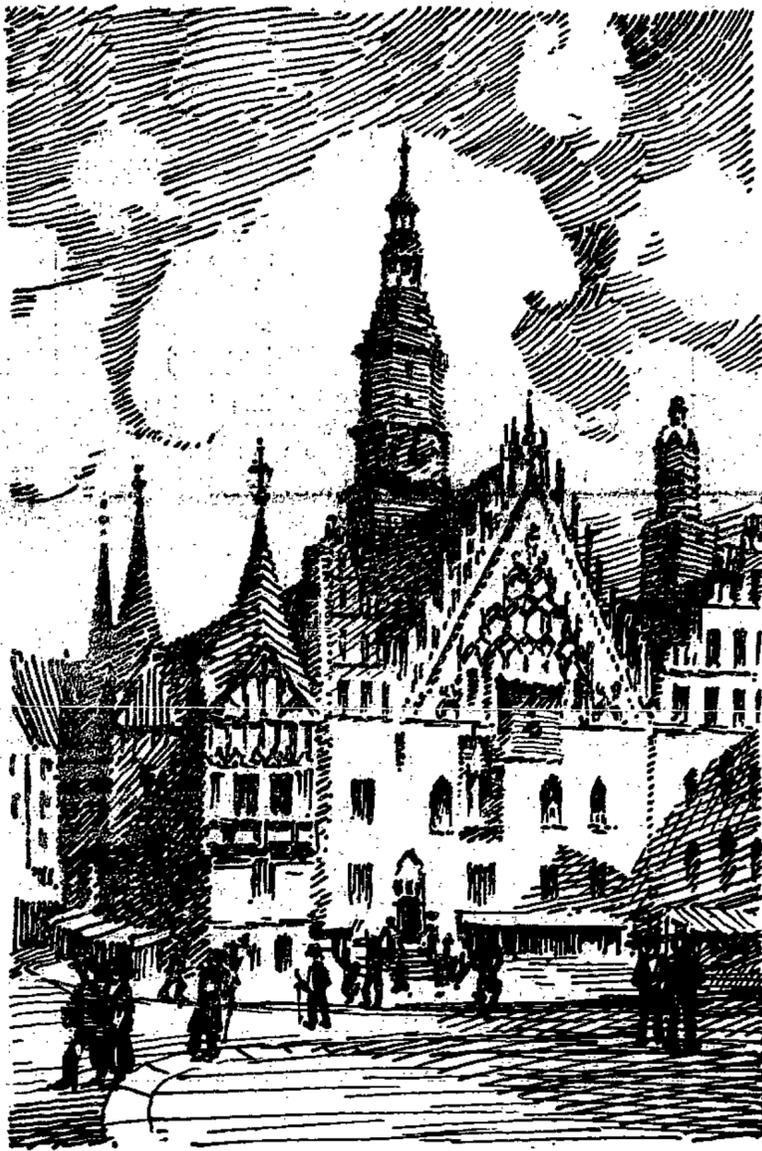
Im Zeichen dieser verheerend wirkenden Wirtschaftskrise, der großen Arbeitslosigkeit, hatten unserer Verbandsvertreter ernste, verantwortungsvolle Aufgaben. Die drei Punkte der Tagesordnung: „Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ — „Die Lohn- und Tarifbewegungen im Maler- und Lackierergewerbe“ — „Die Unfall- und Gesundheitsgefahren unserer Berufskollegen“ — werden daher im Mittelpunkt der Beratungen stehen und sich daraus die Forderungen ergeben, für deren Erfüllung mit allem Nachdruck eingetreten werden muß.

Zum ersten Male seit dem Bestehen unseres Verbandes tagt im Osten Deutschlands, im schönen Schlesien, eine Generalversammlung. In den Kreis der 17 Städte, in denen bisher die Kongresse und Generalversammlungen unserer Organisation getagt haben, reist sich nun auch Breslau ein, die alte, schöne Stadt des deutschen Ostens mit 650 000 Einwohnern. In der Vorkriegszeit fanden hier industrielle Großunternehmungen einen günstigen Boden, vor allem die Metallindustrie. Die großen Linke-Hofmann-Werke mit ihrem Lokomotiv- und Waggonbau beschäftigten in ihrer Blütezeit fast 10 000 Arbeiter. In der Nachkriegszeit hat sich die Lage der Breslauer Industrie infolge der ungünstigen geographischen Lage und des Verlustes der nördlichen und östlichen Absatzgebiete dauernd verschlechtert. Durch die Vertristung in der Metallindustrie ist der Lokomotivbau nach Westdeutschland verschachtet worden; Tausende von Arbeitern wurden erwerbslos. Von allen deutschen Großstädten ist Breslau am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen, zur Zeit sind 70 000 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden.

Das einstmalige so blühende Handwerk ist im letzten Jahrzehnt sehr zurückgegangen. Die Betriebe verzwergen offensichtlich, die Zahl der Kleinbetriebe steigt rapide empor. Im Malergewerbe sieht es trostlos aus. Ueber 800 Betriebe sind vorhanden, von denen etwa 600 überhaupt keinen oder höchst selten mal vorübergehend einen Gehilfen beschäftigen. In der letzten Zeit haben sich wieder viele Kollegen „selbständig“ gemacht. — Im Lackierergewerbe sind ebenfalls viele Kleinalackierereien vorhanden, doch sind auch hier die Arbeitsmöglichkeiten schlecht. Breslau ist eine arme Stadt geworden, die ihre soziale Belastung kaum noch tragen kann. Die Arbeiterbewegung hat in Breslau, trotz ungeheurer steinigen Bodens, früh Fuß gefaßt. 1867, drei Jahre nach Lassalles Tode, wurde der erste Arbeiterverein gegründet. Auch gewerkschaftliche Bestrebungen machten sich bereits bemerkbar, doch hat die Gewerkschaftsbewegung erst nach dem Sozialistengesetz eine aufwärtsstrebende Entwicklung aufzuweisen. — Ueber die Breslauer Maler- und Lackiererbewegung ist folgendes zu erwähnen: Im Jahre 1886 bildete sich aus der bestehenden Maler- und Lackierergesellen-Krankenkasse ein örtlicher Fachverein der Maler- und Lackierergesellen. Dieser Fachverein trug mehr geselligen Charakter, mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschäftigte er sich noch nicht. Diese Regelung war damals noch ein Vorrecht der Arbeitgeber, die den Lohn auf 18 und 21 S. und die Arbeitszeit auf 12 bis 14 Stunden festgesetzt hatten. Nachdem sich später ein weiterer Fachverein gebildet hatte, faßten im Jahre 1889 beide den Beschluß, der „Vereinigung deutscher Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen“ beizutreten, nachdem der Verbandsvorsitzende W. Schreiber in einer öffentlichen Versammlung gesprochen hatte. Zu einer völligen Vereinigung beider Vereine kam es jedoch nicht, sondern es bildete sich eine besondere Filiale der Lackierer. Die neue Organisation, die von Berlin aus, dem Sitz des Hauptvorstandes, betreut

wurde, griff im Jahre 1890 erstmalig in die bestehenden Verhältnisse ein. Man überreichte die Forderung an die Innungsmeister, daß eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit von ihnen gewährleistet werden müsse. Da die Arbeitgeber sich ihr Privileg nicht rauben lassen wollten, kam es zu der ersten Lohnbewegung mit Arbeitseinstellung. Nach vierzehntägigem Streik wurde ein voller Erfolg erzielt, der eine 20prozentige Lohnerhöhung und eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn

Stunden brachte. Ein erfreuliches Aufwärtstreben der Filiale setzte erst mit dem Jahre 1900 ein. Im Jahre 1901 kam es wieder zu einem Streik, der am 5. März bei 8 Grad Kälte einsetzte, aber nach drei Wochen erfolglos beendet werden mußte. Das wiederholte sich im Jahre 1905, wo auch die Lackierer der Linke-Hofmann-Werke einen ernsten Kampf zu führen hatten. In diesem Jahre wuchs die Organisation so stark, daß man zur Anstellung eines Kassierers, des Kollegen Valentin Adam schreiten mußte. Waren bisher die Erfolge der Tarifbewegung rein auf örtliches Gebiet beschränkt gewesen, so brachte das Jahr 1910 eine grundlegende Besserung dadurch, daß erstmalig ein Reichstarif geschaffen wurde, der die Arbeitsverhältnisse der Berufskollegen in ganz Deutschland einheitlich regelte. Mit der Schaffung dieses Wertes wurde grundlegend die Basis weiterer günstiger tariflicher Entwicklung geschaffen. Die Löhne stiegen, die Arbeitsverhältnisse konnten dauernd gebessert werden, bis im Jahre 1913 die Arbeitgeber in ganz Deutschland versuchten, diesem Vorwärtsschreiten ein Ende zu machen. Der Versuch schlug gründlich fehl. Nach 13wöchiger Aussperrung mußten die Scharfmacher erkennen, daß ihre Kampfmaßnahme keinen Erfolg für sie gebracht hatte. Die Reihen der Organisation waren stabil geblieben. Noch einmal, kurz vor dem Kriege, hatten die Lackierer von Linke-Hofmann einen langwierigen Arbeitskampf zu bestehen, der fast ein halbes Jahr dauerte und erst durch den Ausbruch des Krieges beendet wurde. Die Kriegszeit brachte auch der Breslauer Filiale einen großen Mitgliederrückgang; in der Nachkriegszeit ist dann aber die Organisation wieder im Wachsen geblieben. Die Mitgliederziffer stieg von 1062 im 1. Quartal 1926 auf 1895 am Ende des Jahres 1930. Seit dem Jahre 1920 mußten die schlesischen Malergehilfen wieder besondere Verhandlungen führen, auch einen eigenen Tarifvertrag, den schlesischen



RATHAUS IN Breslau

Landestarif für das Maler- und Lackierergewerbe, schaffen, da die Arbeitgeber Schlesiens, mit ihrer Spitze in Breslau, sich von dem Reichstarifvertrag losgelöst hatten. Die Hoffnung der Arbeitgeber, daß dadurch wesentliche Vorteile für sie erreicht werden würden, hat sich durch die enge Geschlossenheit der Breslauer und schlesischen Kollegen zerschlagen. Um die Anpassung der Löhne an das wirtschaftliche Preisniveau herbeizuführen, bedurfte es auch in der Nachkriegszeit einiger Arbeitskämpfe, die aber von kürzerer Dauer gewesen sind. Leider hat im Jahre 1930 eine Hemmung des Aufstiegs eingesezt, die ihre Ursache in der großen Arbeitslosigkeit im Breslauer Malergewerbe hat. Durchschnittlich waren in den Jahren 1926 bis 1929 von 100 Kollegen immer 35 arbeitslos, 1930 waren es 50 % durchschnittlich und in diesem Jahre wurden bis jetzt 80 % arbeitslose Kollegen gezählt. Unter diesen Verhältnissen ist es schwierig, gedeihlich zu arbeiten. Wenn die Delegierten in das Breslauer Gewerkschaftshaus einziehen werden, wird die gesamte Kollegenschaft voller Spannung nach Breslau blicken, um zu sehen, wie die Organisation die Zeit der größten aller kapitalistischen Krisen beurteilen wird, wie die Maßnahmen besprochen und beschlossen werden, die für die Belange unserer Berufskollegen, für die innere Stärkung unseres Verbandes notwendig werden. Jeder Delegierte übernimmt daher in der heutigen Zeit ein doppelt schweres Amt. Wir wünschen aus vollem Herzen, daß die Arbeiten der 22. Generalversammlung in Breslau, getragen von einmütiger Geschlossenheit, von Erfolg gekrönt sein mögen. Die Breslauer Kollegenschaft, die Filialen der gesamten Provinz Schlesien grüßen Euch und wünschen

viel Glück zu fruchtbarer Arbeit!

Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Breslau

Nach der Außerkraftsetzung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 setzte auch in Breslau für alle Berufe eine rührige Tätigkeit für die Gewerkschaftsbewegung ein. In zahllosen Versammlungen wurden die Arbeiter über Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation aufgeklärt. Bei dem außerordentlich niedrigen Stand der Lebenshaltung jener Zeit standen selbstverständlich die Fragen über Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Vordergrund. Daß diese Anfänge der Gewerkschaftsbewegung trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes ganz außerordentlich stark unter dem Druck der Behörden standen, galt als eine Selbstverständlichkeit. Nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes mußten alle Versammlungen drei Tage vorher mit Angabe der genauen Tagesordnung polizeilich gemeldet und bei Gründung neuer Fachvereine gleichzeitig die Statuten nebst einem genauen Mitgliederverzeichnis eingereicht werden. Alle Zu- und Abgänge innerhalb der Mitgliedschaft einer Gewerkschaft waren meldepflichtig. Große Schwierigkeiten bereitete den im Entstehen begriffenen Berufsverbänden der Lokalmangel, der sich sehr oft als großes Hemmnis bei der Entwicklung und dem Aufbau geltend machte. Es kam hinzu die Angst der Lokalbehörden vor den Behörden.

Durch einen Geheimlaß des preussischen Ministers des Innern vom 18. Juli 1890 erhielten die untergeordneten Behörden Anweisung, nach dem Fall des Schandgesetzes und mit Rücksicht auf die veränderte Rechtslage die sozialdemokratisch gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit scharf zu überwachen und nach Möglichkeit einzudämmen. Daß dies mit allen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln zur Durchführung gelangte, bedarf keiner weiteren Betonung. Auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinswesens sowie dem der Presse trat ein außerordentlich starker Druck in Erscheinung. Die behördlichen Anweisungen jener Zeit beweisen, daß man gewillt war, auch ohne ein Ausnahmengesetz mit aller Schärfe gegen die Arbeitererschaft vorzugehen. Breslau ist hierfür immer ein klassisches Beispiel geblieben. Aber es nützte nichts. Trotz aller Schikanen und die Arbeiter bedrückenden Maßnahmen war der gewerkschaftliche Organisationsgedanke nicht aufzuhalten. Schon im Jahre 1891 bestanden in Breslau 30 Fachvereine und Zentralverbände, die sich einzeln auf die Vereinigung Breslauer Haus- und Kontordienner, den Fachverein der Former, den Schneiderverband, den deutschen Tischlerverband, den Fachverein der Schmiede, die Vereinigung der Drechsler Deutschlands, den Fachverein der Klempner, den Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter, den Verein der Arbeiter, die Arbeiterinnen der Schiffsbranche, den Fachverein Breslauer Korfarbeiter, den Buchdruckerverband, den Rohrleger- und Gehilfenverein, die Breslauer vereinigten Hutarbeiter, die Wander-Unterstützungskasse der Köpfer und Berufsgenossen, den Fachverein der Schuhmacher, den Fachverein der Stuckateure und Berufsgenossen, den Verband der Zimmerer, den Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer, den Fachverein der Maler, Lackierer und Anstreicher, den Allgemeinen Tapeziererverein, den Breslauer Steinseherverband, die Vereinigung deutscher Stellmacher, den Fachverein der Buchbinder, der Steinmetzen, den Verband der Handschuhmacher, der Bildhauer, der Maurer und auf den Unterstützungsverein der deutschen Tabakarbeiter zu verteilen. Einzelne dieser Fachvereine lösten sich schon im ersten Jahre wieder auf und schlossen sich den bereits in Deutschland vorhandenen Zentralverbänden an. Die Zahl der in den Fachvereinen und Verbänden organisierten Arbeiter betrug schätzungsweise 3000. Wollten die Verbände nicht sofort der Auflösung verfallen, so mußte man bei der Abfassung der Statuten die größte Vorsicht walten lassen. Im allgemeinen lauteten die Satzungen meist so:

- Der Zweck des Vereins ist die Hebung der materiellen und intellektuellen Lage seiner Mitglieder.
- a) die Gewährung von Reiseunterstützung,
 - b) Arbeitsvermittlung,
 - c) Vorträge über gewerbliche und wirtschaftliche Gegenstände in den Vereinsversammlungen.

Trotz der vorrichtigen Fassung wurden in dieser Zeit eine Reihe von Abschlüssen verboten und zwar vornehmlich deshalb, weil sie Unterstützungen an ihre Mitglieder zahlten. Die Gewerkschaften wurden

aus diesem Grunde als Versicherungsanstalten angesehen und demzufolge für ihre Tätigkeit die Genehmigung der Regierung vorgeschrieben. Da aber die Vereine und Verbände zumeist es ablehnten, eine solche Genehmigung der Regierung nachzusuchen, trat unverzüglich das Verbot ein. So erging es unter anderem auch der Zahlstelle der Tabakarbeiter. Hier wurde jedoch später durch Gerichtsentcheidung dieses Verbot aufgehoben. Nur die Buchdrucker-gewerkschaft hatte die verlangte Genehmigung nachgesucht und von der Behörde erhalten.

Die weitblickenden Führer der damaligen Gewerkschaftsbewegung erkannten sehr bald, daß die getrennt geleistete Gewerkschaftsarbeit der einzelnen Verbände eine Zusammenfassung zur Wahrung und Vertretung gemeinsamer Interessen zur dringenden Notwendigkeit machte. Und so befaßte sich am 16. November 1891 eine größere Gewerkschaftsversammlung mit der Frage der Bildung eines Gewerkschaftskartells. Kollege Hennig begründete den anwesenden Gewerkschaftern die Notwendigkeit der Kartellbildung, dessen Aufgabe sein sollte, durch einheitliches Wirken alle Fragen zu lösen, die einer einzelnen Gewerkschaft zu lösen nicht möglich war. Damals bestanden Kartelle bereits in Berlin, Leipzig und Dresden, und die während dieser kurzen Zeit mit ihnen gemachten Erfahrungen wurden zum Gegenstand einer ausführlichen Diskussion. So wurde besonders darauf verwiesen, daß die Gründung eines Gewerkschaftskartells nicht geschehe, um Lohnfragen zu erörtern oder Streiks in Szene zu setzen, sondern daß seine vornehmste Aufgabe sei, das Solidaritätsgesetz der Arbeiter zu wecken und somit zur Hebung der schwach organisierten Fachvereine beizutragen. Eine nach dieser Versammlung angenommene Entschließung betonte die Notwendigkeit der Gründung eines Gewerkschaftskartells für die Stadt Breslau u. d. gipfelte in der Forderung, alle Breslauer Gewerkschaften zur Beteiligung aufzufordern. Die weiteren Vorarbeiten zur Kartellgründung wurden einer Kommission übertragen. Bereits am 28. Dezember 1891 konnte in einer Delegiertenversammlung ein Statut beraten werden. Es gelangte zur Annahme, auch wurde der Vorstand gewählt.

Dem so neugeschaffenen Kartell traten sofort die Verbände der Maler, Klempner, Köpfer, Hutmacher, Handschuhmacher, Stuckateure, Schuhmacher, Schneider, Schmiede, Tabakarbeiter, Lithographen, Drechsler, Zimmerer, Korfenschnaider, Bildhauer, Steinmetzen und Buchbinder bei. Als offizielles Organ wurde die „Volksmacht“ bestimmt, die bis zum heutigen Tage, 40 Jahre hindurch, es auch geblieben.

Die Malerjugend gehört zu uns

Ohne Zweifel ist dem Malerlehrling in den letzten Jahren ein sehr großes Interesse entgegengebracht worden. Es gibt bei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wohl kaum ein Thema, das so oft variiert wie das über die Jugend, den Nachwuchs im Malergewerbe. Das ist an sich recht erfreulich; denn je mehr sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit dieser Angelegenheit beschäftigen, desto sicherer wird man darauf rechnen können, daß eine für den Nachwuchs befriedigende Lösung gefunden wird. Dazu wäre allerdings die Einsicht aller beteiligten Kreise, daß die Frage der bestmöglichen Heranbildung des Berufsnachwuchses eine für alle gleich wichtige ist, Voraussetzung. Vorkünftig vertreten noch fast alle Arbeitgeber den Standpunkt, daß sich unsere Organisation und die Lehrlinge überhaupt nicht zu kümmern hat, weil allein die Lehrmeister dem Lehrling selbst, dessen Erziehungsverpflichteten und der Öffentlichkeit für die Ausbildung verantwortlich sind. Sie nehmen aber nicht nur das Recht zur fachlichen Ausbildung der Lehrlinge für sich in Anspruch, sie behaupten auch, daß ihnen die Erziehung des Lehrlings in moralischer und sittlicher Hinsicht und dessen Charakterbildung allein übertragen wurde. Schon aus diesem Grunde müßten sie auch über das Privatleben des Lehrlings bestimmen können. So erklärt sich auch der immer wiederkehrende Streit, der eigentlich längst entschieden ist, ob sich der Lehrling ohne die Genehmigung des Lehrmeisters einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen darf. Die Arbeitgeber haben aber erfreulicherweise nun schon sehr oft von den Gerichten bescheinigt bekommen, daß darüber nur der Vater beziehungsweise der Vormund des Lehr-

lings zu entscheiden hat. Sie erlebten auch, daß sich die Lehrlinge durch eine Bestimmung im Lehrvertrag, nach der sie sich nur mit Genehmigung des Lehrmeisters einem Verein anschließen dürfen, nicht davon abhalten ließen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Arbeitgeber sahen deshalb bald ein, daß es auf diesem Wege nicht möglich ist, ihren Einfluß zu wahren, ihnen der Nachwuchs vielmehr in mancher Beziehung zu entgleiten droht. Nun versuchen sie andere Wege zu gehen, um den verlorenen Boden zurückzuerobern.

Im „Maler“ wurde schon mehrfach zur Junghandwerkerbewegung Stellung genommen und gezeigt, um welches Gebilde es sich dabei handelt. Die sicher richtige Bezeichnung „Gelbe Organisation“ ist manchen Meistern doch recht unangenehm und man versucht, in langatmigen Artikeln den Nachweis zu erbringen, daß diese Charakterisierung falsch ist. Daß dabei oft die tollsten logischen und ideologischen Purzelbäume geschlagen werden, sei nur nebenbei erwähnt. — Es wird behauptet, daß die Junghandwerkerbewegung völlig neutral sei. Man will nicht, daß die Interessen einer Partei in den Vordergrund geschoben werden, während die andere Seite (die Arbeitgeber) darunter leidet. Damit soll gesagt sein, daß die Arbeitnehmer im heutigen Staat eine bevorzugte Stellung einnehmen. Manchmal ist von Sicherstellung der Existenz der Mitglieder, aber im Verein mit den Unternehmern, die Rede. Meist wird von Wünschen der jungen Malergeneration gesprochen, dann wieder von Forderungen. Man will vor allen Dingen die Lehrlinge, darüber hinaus die handwerkstreuen Gehilfen und die Meister zusammenfassen. Der tiefere Sinn soll sein, Hebung des gesamten Gewerbes in fachlicher und kultureller Hinsicht. Man ersieht daraus, daß es sich nicht um neue Gedankengänge handelt, sondern größtenteils um solche, die von der modernen Arbeiterbewegung längst als utopistisch erkannt wurden. Gegen eine bessere fachliche und allgemeine Ausbildung der Lehrlinge ist von unserm Standpunkt aus nichts einzuwenden, im Gegenteil wurde schon oft darauf hingewiesen, daß dies auch das Ziel unserer Jugendarbeit ist. Solange aber die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren und uns, trotzdem die Ausbildung der Lehrlinge praktisch viel mehr in den Händen der Gehilfen als in denen der Meister liegt, jede Mitwirkung auf diesem Gebiete verlagern, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Wege zu gehen, die, wie die an jedem Jahresabschluss über die geleistete Jugendarbeit bekanntgegebenen Zahlen beweisen, auch sehr erfolgreich sind. Die Arbeitgeber reden demgegenüber wohl gern von ihren großen Opfern für die Lehrlinge und dem Vielen, was von Seiten der Innungen für diese geschieht, doch haben wir noch nirgends zahlenmäßige Bestätigungen dafür gefunden. Wäre es ihnen wirklich so ernst um die Heranbildung eines geistig und körperlich tüchtigen Nachwuchses, wie es von ihnen immer hingestellt wird, dann müßten sie mit uns gemeinsam an diesem für das gesamte Gewerbe außerordentlich wichtigen Problem arbeiten und sich nicht, wenn von unserer Seite dahingehende Wünsche geäußert werden, hinter verstaubten Paragraphen verschänzen. Daß es ihnen möglich ist, zusammen mit der Gehilfenorganisation für eine Verbesserung der Lehrlingsverhältnisse zu sorgen, geht schon daraus hervor, daß in einigen andern Gewerben Lehrlingsordnungen geschaffen wurden, die die Zustimmung beider Organisationen und Handwerkskammern fanden.

Darum und weil in Wirklichkeit doch nur unsere Organisation und unsere Mitglieder das Wohl unseres Nachwuchses ohne materielle Hintergedanken im Auge haben, gehören die Lehrlinge zu uns. Wir werden den Lehrlingen allerdings keine Utopien erzählen, als wenn es nur ihres Fleisches bedürfe, um ein angesehenes Meister zu werden mit einem gutgehenden Geschäft, sondern ihnen auch auseinanderzusetzen, daß dazu neben etwas Glück auch Kapital gehört, worüber die meisten leider nicht verfügen. Im übrigen geschieht in unseren Abteilungen alles, um den Nachwuchs für den Existenzkampf bestens vorzubereiten und den Lehrlingen eine gute Grundlage für ihr späteres Vorwärtkommen mit auf den Weg zu geben. Wenn auch hier und da noch Ausnahmen vorkommen, die große Masse der Kollegen hat längst erkannt, daß die Organisation der Lehrlinge für diese selbst, für die Gehilfen und für das Gewerbe außerordentlich wichtig ist. Sie wird sich auch nicht durch das Vorgehen der Arbeitgeber irritieren lassen.

Breslau in Vergangenheit und Gegenwart

Breslau, das Herz Schlesiens, das sichtbar und fühlbar Bollwerk gegen das immer stärker andringende Slaventum, Trägerin wahrer Kultur und rühmlicher Geschichte, in der Gegenwart ein friedliches Kampffeld siegreicher Arbeit, zahllosen Schaffens, das alles gestaltet Breslau für jeden Fremden zu einem padenden Erlebnis. Breslau warzt gleich allen deutschen Großstädten hinsichtlich seiner Gründung tief in der Geschichte, etwa um das Jahr 78 entstanden, war Breslau um das Jahr 1000 bereits Bischofsstadt. Im Mittelalter als Mitglied der mächtvollen Hanse in starkem Maße als Warenmittlerin zwischen Ost und West dienend, wurde Breslau in der Reformationszeit größtenteils protestantisch, fiel 1526 an Österreich und kam 1741 an Preußen. Breslau darf sich auch als Geburtsstadt einiger großer Deutscher rühmen; in diesem Sinne sind zu nennen: Ferdinand Lassalle, Schleiermacher, die Dichter Willibald Alexis, Kopisch und Holtei und der Maler Adolf von Menzel.

Begonnen wir nunmehr unsere städtebauliche Wanderung durch Breslau, Schlesiens Stolz, das uns auch in der Architektur Bedeutendes zu sagen hat. Das alte Breslau, verklärt durch die am linken Oderufer liegende innere Stadt und durch die rechtsseitig der Oder befindliche Landwerndt, bietet manches altertümliche Bauwerk mit reizvoller architektonischer Patina, wie es überhaupt in Breslau an malerischen Winkeln der Architektur nicht fehlt. Das gilt besonders von den engen Gassen des „Innen“ der Altstadt. Eine städtebauliche Merkmal ist der im Mittelpunkt der inneren

Stadt gelegene „Ring“ dar, wie man in Schlesien allgemein den Hauptmarkt einer Stadt zu nennen pflegt. Breslaus „Ring“ bildet ein großes, regelmäßiges Viereck, zum Teil mit altertümlich jessenden Häusern der Renaissance- und Barockzeit besetzt, darunter das um 1500 erbaute Kurfürstenhaus. Inmitten des Ringes erhebt sich das alte Rathaus, eine Perle gotischer Baukunst, der älteste östliche Teil dem 14. Jahrhundert angehörend. Die so malerisch wirkende Außenarchitektur, gekennzeichnet durch die mit reichlichem Maßwerk geschmückten Erker, Giebel und Türmchen, gehört der spätgotischen Zeit zu Ende des 15. Jahrhunderts und Anfang des folgenden Jahrhunderts an, während der Hauptturm ein Werk der Renaissance ist. Die alte, aus dem Jahre 1580 stammende Rathausuhr war eine der ersten sogenannten „salben“ Uhren in Deutschland, die ein nur in zwölf statt in vier- undzwanzig Stunden eingeteiltes Zifferblatt besaß. In der Gegenwart erstreben wir wieder die mittelalterliche Seite der Zeiteinteilung. Aus den alten Ratsfälen und Ratszimmern kündet sich nicht nur eine reiche Historie, auch architektonisch sind sie Zeugen eines reifen künstlerischen Geschmacks verflungener Zeiten. So der Remter, jene stattliche Halle, die im Mittelalter großen Festlichkeiten diente, mit dem Standbild des Freiherren vom Stein, des Schöpfers der Städteordnung. Dann der berühmte Fürstensaal, der einst der Abhaltung der schlesischen Fürstentage diente. Daneben sehenswert die Ratskanzlei und die Amtszimmer des Oberbürgermeisters.

Unter dem Rathause befindet sich der große, schön-gewölbte Schweidnitzer Keller, ein vielbesuchter typisch altdeutscher Ratskeller, der schon seit 1335 im Dienste

„Gambrinus“ steht. Seinen Namen führt er nach dem früher dort versenkten Schweidnitzer Bier. Wer ein Bild aus Breslaus vollstimmlichem Treiben gewinnen will, findet dieses im alten Schweidnitzer Keller. Nördlich vom Rathaus erhebt sich das jüngere Stadthaus Breslaus, nach den Plänen Stülers von 1860 bis 1863 an Stelle des alten Leinwandhauses erbaut. Das Stadthaus enthält den schönen, reich mit Marmorstatuen geschmückten großen Sitzungssaal der Stadtverordneten.

Im alten und neueren Kirchen weist Breslau einen besonderen Reichtum auf. Unweit vom Ring die stattliche evangelische, um 1245 gegründete dreischiffige St.-Elisabeth-Kirche, vielfach umgebaut, mit einem 91 m hohen Turm. Im Innern kirchliche Kostbarkeiten, wie ein herrlicher Marienaltar und ein neben dem großartigen Hochaltar befindliches schönes spätgotisches Sakramenthäuschen. Besonders beachtenswert die Grabdenkmäler alter schlesischer Patrizier, die hier einst ihre letzte Ruhe fanden. Als zweite evangelische Hauptkirche Breslaus ist die Maria-Magdalenen-Kirche zu nennen, ein im wesentlichen dem 14. und 15. Jahrhundert angehörender prachtvoller gotischer Bau, dessen spätromanisches Südbportal allerdings noch aus dem 12. Jahrhundert stammt. Auch hier viele kirchliche Kunstwerke an Gemälden und alten Glasfenstern. Die Kirche beherbergt das Grab des Dr. Joh. Seb. aus Nürnberg, der 1523 als erster die Reformation in Breslau verkündete. Gleich kostbare Kirchenbauten nennt auch die katholische Kirche in Breslau ihr eigen. An der Spitze der alte prachtvolle Dom zu St. Johannes dem Täufer, eine aus dem 13. Jahrhundert stammende gotische dreischiffige Kirche mit prunkvollen Kapellen. In der Johannestapelle als besonderes Kleinod

Wenn die Arbeitgeber jetzt mit uns um die Seele des Lehrlings ringen wollen, so soll es uns recht sein, die Lehrlinge werden dabei nur gewinnen können. Wir werden uns aber, das sei mit aller Deutlichkeit gesagt, nicht in der Interessenvertretung der Lehrlinge überbieten lassen, sondern nur erst recht alle Kräfte anspannen, um ihre Position zu verbessern und uns ihres Vertrauens würdig zu erweisen.

Die Kollegen aber müssen die Lehrlinge aufklären und ihnen zeigen, daß ihr Platz sich neben den Gehilfen befinden muß. Sie sind es, mit denen die Lehrlinge praktisch zu arbeiten haben; sie sind es aber auch, die sich für ihre fachliche gute Ausbildung und ihr Wohlergehen einsetzen. Mögen die Meister und Vertreter der Jungberufwerke das auch von sich behaupten. Wir wissen, daß sich nur wenige ohne Hintergedanken auf persönliche Vorteile der Lehrlingsausbildung widmen. Beweis dafür ist, daß gerade in den letzten Wochen in einigen Orten und Landesteilen auch von einem Abbau der Lehrlingsentschädigungsfälle die Rede ist. Also trotzdem noch nirgendwo die vom Reichsbund für das Deutsche Maler- und Lackierergewerbe für die Lehrlingsentschädigungsfälle herausgegebenen Richtlinien Anwendung gefunden haben, die Entschädigungen vielmehr allgemein darunter bleiben, ganz abgesehen von dem Nichtgewähren der vorgeschlagenen sechstägigen Feriendauer; ein selbst bei der allgemeinen Lohnabbau-pflichte unverständliches Vorgehen der Arbeitgeber, um den Lehrlingen die Entschädigungsfälle zu kürzen. So sieht ihr Wohlwollen den Lehrlingen gegenüber praktisch aus.

Darum, Jungkollegen, laßt Euch nicht durch schöne Redensarten der Arbeitgeber irre machen, sondern schließt Euch der Jugendabteilung unseres Verbandes, als der allein für Euch in Betracht kommenden Organisation, an.

Gewerkschaften und Notverordnung

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unter Beteiligung des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes mit der Notverordnung vom 5. Juni eingehend befaßt. Beide Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volke Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosigkeit wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeitnehmerschaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Aenderung der Notverordnung herbeizuführen.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

Die Reichsregierung ist des Glaubens, daß die neue Notverordnung den einzigen Weg zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte aufzeigt, den einzigen Weg, der deutschen Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage die Ansammlung produktiven Kapitals zu ermöglichen und sie in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Wenn die Gewerkschaften diesen Glauben der Reichsregierung teilen könnten, wären sie bereit, der deutschen Arbeiterschaft vorübergehend weitere Opfer zuzumuten, denn es gibt keine Schicht des deutschen Volkes, die von der Belebung der Wirtschaft und der Sicherung der Finanzen in ihrer ganzen Existenz so abhängig ist wie die deutsche Arbeiterschaft.

Aber die Gewerkschaften teilen diesen Glauben nicht.

Sie sind vielmehr der entschiedenen Überzeugung, daß die Reichsregierung das Ziel auf dem von ihr eingeschlagenen Wege niemals erreichen wird. Es gibt keine dauernde Sicherung der deutschen Finanzen ohne eine vorausgegangene Belebung der deutschen Wirtschaft. Die neue Notverordnung enthält kein positives wirtschaftspolitisches Programm. In keiner der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maß-

Wir Maler!

Ein zeitgemäßes Lied.

Wir Maler schmücken diese Welt für gute Wort' und wenig Geld Mit wunderschönen Farben. Doch läßt man heute uns nicht ran, schmiert lieber alles selber an, und wir, wir müssen darben.

Ja, früher malt' man Amoretten, Stuckgesimse, Blumenketten, doch heut' kein buntes Zeichen! Verschwinden muß, 's wird höchste Zeit, die gottverfluchte Sachlichkeit, sonst ist nichts zu erreichen.

Und ruft uns doch einmal die Pflicht, dann jagen wir, bis alles liegt am Boden unter Zetern. Das Rationalisierungstier berechnet Arbeitsleistung hier nur noch in Kilometern.

Da kommt es denn zuweilen vor, der Pinselschinder kratzt sein Ohr und sagt: „Ich möcht' bloß wissen. Ich war so schön im Würgen drin! Die Arbeit, wo ist die bloß hin? Sie ist mir ausgerissen.“

Doch selten blüht das Arbeitsglück. Die Wirtschaft geht rapid zurück ins Land der Dauerkrisen. Wir wollen drum, es wär' gelacht, den Mann, der diese Krisen macht, mit Spritzpistol'n erschießen.

Inzwischen, bis uns das gelingt, muß man, und das ganz unbedingt, die Ärmel hoch aufkrepeln. Dann suchen wir ihn überall. Erwischt wird er auf jeden Fall im Arbeitsamt beim Stempeln.

Der Quietschpinsel.

nahmen ist die Einsicht erkennbar, daß die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft mit finanzpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung allein nicht behoben werden können. Auch die Ankündigung einer Revision des Budgets, die nur in langen Verhandlungen durchzuführen wäre, kann der Gegenwart der deutschen Wirtschaft nicht helfen. Mit keinem Wort ist von Maßnahmen die Rede, auf dem Wege internationalen Zusammenwirkens aller von der Wirtschaftskrise betroffenen Staaten einen Weg zur Befundung der Wirtschaft zu suchen.

Die neue Notverordnung wird nicht, wie feierlich verkündet worden ist, die letzte Notverordnung sein. Sie wird es nicht sein können, weil ihren Maßnahmen der wegweisende wirtschaftspolitische Gedanke fehlt, der die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und Finanznot zu beseitigen sucht. Die neue Notverordnung ist nur ein Versuch, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Auf dem Wege einer untragbaren Belastung der armen und ärmsten Schichten des deutschen Volkes will die Reichsregierung das Geld zusammenscharren, um das Defizit der öffentlichen Haushalte zu decken.

Die deutschen Arbeitnehmer sind ohnehin steuerlich schwerer belastet als die Arbeiterschaft in allen andern Industriestaaten. Das Maß ihrer Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen hat längst die Grenze überschritten, die bei dem Abschluß der Reparationsregelungen von den

ausländischen Sachverständigen als berechtigt anerkannt worden ist. Nichtsdestoweniger hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen, Steuern einzuführen, die die abhängige Arbeit ungleich schwerer belasten als die übrigen Kreise des Volkes. Sie mutet nicht nur denen, die noch in Arbeit stehen, weitere schwere Bürden zu, sie verkürzt auch noch das Nettoeinkommen der Arbeitslosen um 10 bis 15 %, das ohnehin nur zur dürftigen Fristung des Lebens reicht. In demselben Augenblick, in dem sie denen, die in den letzten Jahren immer wieder eine Einschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten erfahren haben, den fargen Lohn und die Bezüge kürzt, gibt sie der Großlandwirtschaft und der Schwerindustrie offene oder verschleierte Subventionen. Sie schmälert die Rechte der Arbeiterschaft und stärkt durch ihren Einfluß auf die Schlichtungsorgane die rücksichtslose Politik des Unternehmertums, dessen reaktionärer Machtwillen im gleichen Verhältnis wächst, wie die soziale Not und die Belastung des Arbeitsmarktes zunimmt.

Durch diese Maßnahmen wird der Wirtschaft nicht geholfen. Die dauernde Schwächung der ohnehin geschwächten Kaufkraft der breiten Volksmassen wird vielmehr nur zu einer weiteren Einschränkung der Produktion und Freisetzung von Arbeitern führen. Die Notverordnung wird das soziale Elend in Deutschland steigern.

Ihre Durchführung hat aber nicht nur sozial und wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen, sie beschwört auch unabsehbare politische Gefahren herauf, indem sie den innerpolitischen Feinden der Deutschen Republik Zündstoff zu ihrer Agitation gegen den demokratischen Staat liefert. Die politische Unsicherheit, die durch die Notverordnung gesteigert wird, untergräbt das Vertrauen des Volkes an den Staat. Ohne Vertrauen zur Stabilität der deutschen politischen Verhältnisse und damit der deutschen Wirtschaft läßt sich aber der letzte Sinn jeder Notverordnung in der heutigen Zeit nicht verwirklichen, unserer Wirtschaft einen neuen Auftrieb zu geben und dadurch auch die Finanzen des Staates dauernd sicherzustellen.

Die Gewerkschaften sind sich einig in der Überzeugung, daß die neue Notverordnung sowohl in ihren entscheidenden Neuregelungen wie auch durch die Fülle gehässiger und wirkungsloser Einzelbestimmungen, die eine von jedem politischen Instinkt verlassene Bürokratie in ihre Paragraphen eingeschmuggelt hat, den sozialreaktionären Geist noch überbietet, der im letzten Jahr Gesetzgebung und Verwaltung beherrscht. Die Gewerkschaften sind sich aber auch bewußt, daß ihr Kampf gegen diese Notverordnung nur zu positiven Erfolgen führen kann, wenn die Arbeiterschaft rückhaltlos zu ihren Organisationen steht und ausschließlich den Weisungen ihrer Führer folgt. Die Arbeiterschaft hat keine Freunde, keine wirtschaftlichen, keine politischen Bundesgenossen außerhalb ihrer eigenen Reihen. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit war es so notwendig wie heute, daß der Block der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, eine festgefügte, geschlossene Einheit bildet, die jederzeit zur Abwehr wie zum Angriff eingesetzt werden kann.

Protest der Kriegssopfer.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin, hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1931 zu den Bestimmungen der 2. Notverordnung vom 5. Juni 1931 Stellung genommen und mit größtem Befremden festgestellt, daß trotz aller Proteste Hunderttausender von Kriegssopfern und trotz nachdrücklicher Warnungen der

altdeutscher Malerei Lukas Cranachs berühmte „Madonna unter Tannen“. Der Domschatz birgt viele Kostbarkeiten an alten Kirchengeräten. Zu den großartigen Kirchenbauten Breslaus zählt auch die katholische Kreuzkirche, ein 1295 geweihter, schöner Backsteinhallenbau in Kreuzform.

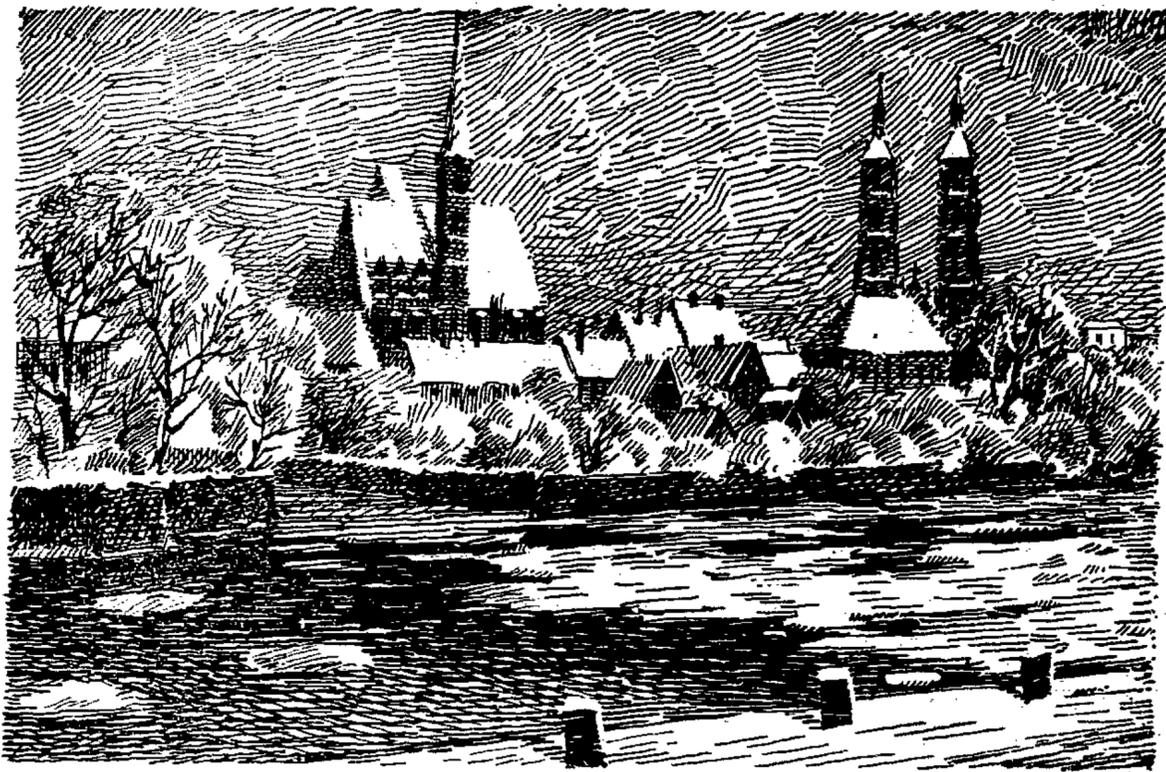
Auch die Wissenschaft hat in Breslau ein Feld reichlicher Betätigung gefunden. An der Spitze die Universität, die, 1726 bis 1736 erbaut, ursprünglich als Jesuitenkollegium wirkte, das 1811 mit der von Frankfurt an der Oder nach Breslau verlegten protestantischen Universität zu einer Volluniversität vereinigt wurde. Das Universitätsgebäude hat als ein Hauptwerk des Barockstils in Breslau zu gelten. Der Turm beherbergt seit 1790 eine Sternwarte. Im ersten Stockwerk die berühmte große Aula Leopoldina, reich mit Fresken und vergoldetem Stuck bedeckt, rund 1200 Personen fassend. Die nicht ferne Universitätsbrücke gewährt einen malerischen Blick auf die Dominsel und den „Sand“ mit einem Sichtbild von nicht weniger als zehn Kirchen. Auf der nahen Sandinsel die großartige Staats- und Universitätsbibliothek, in dem im Jahre 1709 im Barockstil erbauten ehemaligen Augustiner-Chorherren-Kloster untergebracht, das auch dem Archäologischen Museum als Heim dient. Die Bibliothek mit mehr als einer halben Million Bücher enthält zahlreiche alte kostbare Handschriften und Bücher. Das überaus industriereiche Schlesien ließ für dessen Metropole Breslau zur Erweiterung der allgemeinen wissenschaftlichen Grundlage die Errichtung einer technischen Hochschule als gerechtfertigt erscheinen, deren Gründung im Jahre 1910 vor sich ging. Damit war dem stark auf die Parole der Technik eingestellten modernen Zeitgeist Genüge geschehen.

Auch die Kunst besitzt in Breslau in einigen Museen ausgezeichnete Pflegestätten. In dem 1875 errichteten stattlichen Säulenhau des „Schlesischen Museums der bildenden Künste“, das Eigentum der Provinz Schlesien ist, findet man unter den altdeutschen Bildern vornehmlich die schlesische Schule vertreten. Auch an einigen guten alten Italienern und Holländern ist kein Mangel. Die Stärke des Museums liegt jedoch in den Gemälden der neueren Zeit, die hier mit ihren glanzvollen Namen vertreten ist. Werke von Achenbach, Wenzel, Knaus, Epichweg, A. v. Werner Stuck, Böcklin, Erübner, Stebegt und zahlreichen andern Meistern der Palette wechseln in bunter Reihe ab. Mit dem Museum, dessen Treppenhause Hermann Prell mit sechs meisterhaften Wandbildern schmückte, ist auch eine stattliche Kupferstichsammlung verbunden. Freunde des Kunstgewerbes finden in dem im ehemaligen Ständehaus untergebrachten „Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer“ Erfüllung ihrer Wünsche. In der vorgeschichtlichen Abteilung fesseln alte Funde auf schlesischem Boden, in der kulturgeschichtlichen Abteilung stehen die alten Kunstgegenstände mit im Vordergrund. Der Hauptanteil entfällt naturgemäß auf das Kunstgewerbe, das auf allen Gebieten mit Meisterarbeiten vertreten ist.

In Vergnügungs- und Erholungsstätten ist in der schlesischen Residenzstadt kein Mangel. Eine besondere Sehenswürdigkeit stellt die sogenannte Liebigshöhe dar, ein aus einer ehemaligen Festungsbastion entwickelter großartiger Kolonnadenbau, den die Kaufleute Gebrüder Liebig im Jahre 1867 mit bedeutenden Kosten errichten ließen. Der Aussichtsturm gewährt einen fesselnden Fernblick über die Stadt bis zum Zobten und zu den

Sudeten. Gern besucht von den Breslauern wird der am Rande der Stadt gelegene Zoologische Garten, der über einen reichen Tierbestand verfügt. In unmittelbarer Nähe die 1913 erbaute Jahrhunderthalle, ein gewaltiger Rundbau, dessen Festraum 10 000 Personen Aufnahme zu gewähren vermag. Die mächtige Kuppel mit 67 m Spannweite ist für jeden Besucher von tiefstem, wirkungsvollem Eindruck. Wundervoll die Riesenorgel mit ihren überwältigend klingenden 185 Stimmen und mehr denn 15 000 Pfeifen. Anweit der Jahrhunderthalle das im gleichen Jahr von Poelzig erbaute stattliche Ausstellungsgebäude. Anschließend daran Breslaus herrlichster Park, der in seinen Anfängen bis ins 18. Jahrhundert zurückreichende Scheitniger Park mit uralten charakteristischen Eichen.

Breslaus Stadtschönheit wirkt sich besonders an den reizvollen Oberflüssen aus, wie auch sonst die zahlreichen Brücken und die lebhafteste Oderschiffahrt sich zu eindrucksvollen Bildern gestalten. Eine Odfahrt auf den bereitstehenden Dampfbooten wird jedem Fremden die malerische städtebauliche Silhouette Breslaus offenbaren, die Breslau zu einer der schönsten Städte des östlichen Deutschlands erhebt. Die tatvolle Schöpferkraft des Schlesiens, die besonders vor dem Kriege in der Industrie, im blühenden Gewerbe und lebhaften Handel zum Ausdruck kam, findet gerade in Breslau ein weithin leuchtendes Spiegelbild; denn Breslaus wahre Majestät ist die Arbeit. Ragende Schöte als Wahrzeichen des Fleißes und Wohlstandes künden den Rhythmus der Arbeit, der Breslau in allem erfüllt. Schlesiens Hauptstadt, der Stolz Ostdeutschlands, wird sich jedem als eine der schönsten deutschen Großstädte unvergeßlich in die Erinnerung prägen.



DOMINSEL IM WINTER

BRESLAU

Organisationen, der Städte und Gemeinden sowie der Tagespresse

die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegssopfer in einer untragbaren Weise angegriffen worden sind.

Die Notverordnung übertrifft alle Befürchtungen. Insbesondere trifft sie die Zusatzrentenempfänger, die Leichtbeschädigten, die Arbeitslosen, die Bewohner ländlicher Gegenden und die in öffentlichen Diensten stehenden Versorgungsberechtigten in einem nicht zu veranschauigenden Ausmaß.

Der Bundesvorstand protestiert auf das nachdrücklichste gegen die neuen Abbaumaßnahmen.

Er erjudt den Reichstag, alsbald in eine Nachprüfung der Notverordnung einzutreten und die unerträglichen Bestimmungen zu beseitigen.

Dabei sind die im Reichsbund vereinigten Kriegssopfer der Auffassung, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch Möglichkeiten genügend gibt, den Haushalt des Reichs, der Länder und Gemeinden zu sichern, ohne in die von der Reichsregierung und vom Reichstag selbst wiederholt als unzulänglich anerkannte Versorgung und Fürsorge einzugreifen.

Arbeitslosen- und Konjunkturstatistik von Ende Mai 1931.

Nur mit allergrößter Besorgnis kann der verantwortungsbewußte Berufsangehörige der Entwicklung unseres Arbeitsmarktes entgegensehen. Eine „Caïsson“, das heißt eine wirklich gute Konjunktur, in der die Arbeitslosigkeit weniger als 1% betrug, hatten wir zuletzt 1925. Der nächstfolgende Höhepunkt mit allerdings 2,5 Arbeitslosen auf 100 Arbeitnehmer liegt bis 1927 zurück. Von da an sind die Erwerbslosenziffern erst langsam, dann schneller und schließlich sprunghaft bis zu der phantastischen Höhe während der letzten Wintermonate hinaufgeschwollen. Auch die jetzige Erhebung zeigt noch eine so hohe Arbeitslosigkeit, daß man die Hoffnung aufgeben muß, im Laufe des Sommers auch nur den Stand des Vorjahres noch zu erreichen. In 163 Filialen mit 55 761, davon 146 weiblichen Mitgliedern, die ihre Berichtskarte rechtzeitig ein sandten, wurden am Sonnabend, 26. Mai, 26 406 männliche und 35 weibliche, zusammen 26 441 Arbeitslose, das sind 47,4% der Gesamtmitglieder und bei Abzug der 8004 in den berichtenden Filialen organisierten Lehrlinge 55,4% der Gehilfenmitglieder. Das ist gegen denselben Monat des Jahres 1927 eine Steigerung um 52,9%, gegen 1928 um 51%, gegen 1929 um 46,8% und gegen 1930 immer noch um 26,1% unserer Mitglieder. Die Entwicklung seit Beginn des Vorjahres ist aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich.

Table with columns: Monat, Es berichteten Filialen, Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Ende des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Ende der letzten Woche des Monats, Auf je 100 Soz. Mitglieder entfallende Arbeitslose am Ende der letzten Monatswoche. Rows for months from January to December 1930 and 1931.

In diesen beiden Arbeitslosenziffern — sie schwanken in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken zwischen 42,2 und 72,7% der Gesamtmitglieder — kommen noch 2770, davon 11 weibliche, Kurzarbeiter, das sind weitere 5,2% der Gesamtmitglieder. Die wöchentliche Arbeitszeit war vermindert für 1912 männliche und 5 weibliche Be-

schäftigte bis zu 8 Stunden die Woche, für 292 männliche und 13 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, für 290 männliche und 21 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und für 205 männliche und 2 weibliche Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche. Die starke Beteiligung weiblicher Mitglieder weist darauf hin, daß an der Kurzarbeit in hervorragendem Maße die Industrie beteiligt ist. Unsere Konjunkturfrage zeigt aber, daß man sich auch im Baualergewerbe auf eine vernünftige Arbeitsteilung beziehungsweise Arbeitszeitverkürzung umzustellen vermag, um durch Arbeitsstreckung der verheerenden Krise entgegenzuwirken.

Ueber die Geschäftslage haben 125 Malereibetriebe mit 3104 Beschäftigten rechtzeitig berichtet. Es entfallen danach durchschnittlich 24,8 Beschäftigte auf einen Betrieb gegen rund 22 am Ende des Monats April. Der Beschäftigungsgrad wurde für 2 Betriebe oder 1,6% (gegen 2,4% im Vormonat) mit 68 Beschäftigten oder 2,2% (gegen 7,3%) mit „sehr gut“ für 15 „Betriffe“ oder 12% (gegen 9,4%) mit 953 Beschäftigten oder 30,7% (gegen 23,2%) mit „gut“ für 53 Betriebe oder 42,4% (gegen 37%) mit 1126 Beschäftigten oder 36,3% (gegen 37%) mit „befriedigend“ und für 55 Betriebe oder 44% (gegen 51,2%) mit 957 Beschäftigten oder 30,8% (gegen 32,6%) mit „schlecht“ beurteilt. Die Besserung entspricht dem ebenfalls etwas günstigeren Stand unserer Arbeitslosenzählung, kann aber ebensowenig befriedigen wie diese. Die Bewertungsziffer ist mit 2,98 um 4 Punkte günstiger geworden. Die Entwicklung der Konjunktur in den zur Berichterstattung herangezogenen Betrieben seit Anfang 1930 ist in nachstehender Uebersicht dargestellt.

Table showing employment trends from January 1930 to May 1931. Columns include: Am Ende des Monats, Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit (gut, befriedigend, schlecht), and Bewertungsziffer.

Von 71 Betrieben wurden im Laufe des Berichtsmontats 586 Kollegen neu eingestellt, in demselben Zeitraum aber auch von 54 Betrieben 385 Beschäftigte entlassen. Nichts könnte die Unsicherheit des Geschäftslebens besser darlegen, als die zu dieser Jahreszeit ganz ungewöhnliche Fluktuation. 12 Betriebe mit zusammen 848 Beschäftigten — also durchweg größere oder Großbetriebe — haben die Arbeitszeit herabgesetzt; zwei Betriebe melden, daß immer noch angelegt wird, um wenigstens den unumgänglich nötigen Stamm der Belegschaft durchhalten zu können.

Mit dem früher alljährlich ein- oder mehrmals sich fühlbar machenden Mangel an beruflich vorgebildeten Arbeitskräften ist es für die nächste Zukunft vorbei. Dafür haben unsere Unternehmer mit besten Kräften gesorgt, indem sie die Lehrlingszucht zum System erhoben, und jedes Jahr 11- bis 15 000 neue Arbeitskräfte auf den an und für sich überlasteten Arbeitsmarkt werfen. Es ist nur gerechte Vergeltung, und mit Klagen wegen Ueberhandnahme von Schwarzarbeit nicht zu beseitigen, wenn ein Teil der aus dem Produktionsprozeß Ausgeschalteten sich

zeitweise selbständig macht und die Konkurrenz ins Ungemessene verschärft. Mögen sich unsere Kollegen allerorten vor Augen halten, was mit unserm Berufe, unserm Lohn und Arbeitsbedingungen geschehe, wenn nicht unser Verband seinen machtvollen Widerstand gegen die von allen Seiten auf uns einbrängenden Angriffe wirkungsvoll geltend machen würde. In dieser Notzeit ist der Verband wichtiger als je zuvor.

4. Bauarbeiterschut Kongress

Die Eröffnung des von 400 Delegierten aus dem ganzen Reich besuchten Kongresses erfolgte am 8. Juni im Plenarsaal des Reichstages. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, begrüßte die Delegierten, die zahlreichen Vertreter der Reichs- und Landesregierungen und Gäste und gedachte mit ehrenden Worten des kürzlich verstorbenen Genossen Gustav Heinke, der jahrelang mit Hermann Silberstein mit bahnbrechend für die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes gewirkt hat.

Leipart gab in gedrängter Kürze einen programmatischen Ueberblick über die große Bewegung zum Schutze und zur Erhaltung für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter. Nahezu 18 Jahre sind seit dem 3. Bauarbeiterschutkongress 1913 in Leipzig verlossen. Eine lange Zeit in der sich manches grundlegend geändert hat. Damals ein wirtschaftlich blühendes Deutschland, heute ein unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges schwer leidendes Volk, die einen umfassenden Arbeiterschut erst recht notwendig machen, weil heute den Opfern der Arbeitskrankheit und Siechtum viel härter treffen als zu normalen Zeiten. Leider ist bisher die Durchführung eines völlig einheitlichen Anfallsschutzes im Baugewerbe noch nicht möglich gewesen. Den Fragen der Berufskrankheiten im Baugewerbe, der Gewerbehygiene, wird weiterhin die größte Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Ungeklärt sind noch die Fragen der Bauaufsicht. Das Nebeneinander von Ueberwachungsorganen ist nicht wirtschaftlich. Der ADGB hat bereits 1928 zur Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht Vorschläge gemacht. Geschehen ist bis jetzt nichts, obwohl die Regierung auf Sparziermärschen drängt. Der Deutsche Städtetag hat den Abbaubaukontrollen angeregt. Wir erheben dagegen Protest. Nicht Abbau, sondern Ver mehrung der Baukontrollen ist notwendig, und wir erwarten hierfür auch die Unterstützung des preussischen Wohlfahrtsministers.

Für die Entwicklung des gesamten Arbeiterschutzes ist die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Anfallversicherung von größter Bedeutung. Trotz des im Artikel 161 der Verfassung aufgestellten Grundgesetzes der maßgebenden Mitwirkung der Versicherten ist der Einfluß der Arbeitnehmerschaft in den Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden heute — fast 11 Jahre nach Inkrafttreten der Reichsverfassung — noch verhältnismäßig gering. Die Gewerkschaften erwarten von der Regierung, daß nun endlich den 24 Millionen Menschen in der Anfallversicherung die in der Verfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung eingeräumt wird. Gegen die Forderung der Arbeitgeberverbände auf Abbau und teilweisen Wegfall der Anfallrenten erheben wir schärfsten Protest. Auch wir erwarten von der Regierung eine Reform der Anfallversicherung — aber eine zum Nutzen der Versicherten.

Seit über 40 Jahren bemühen sich die baugewerblichen Verbände um die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes. Im jähren Ringen sind sie schrittweise vorwärtsgekommen. Viel ist aber noch zu tun. Auch in Zukunft können wir nur durch Einigkeit und diszipliniertes Vorgehen etwas erreichen. Dieser Kongress soll uns allen ein Ansporn sein, in gemeinsamer Arbeit zum Besten der deutschen Wirtschaft, zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft und zum Nutzen des einzelnen und seiner Familie auch weiterhin den Bauarbeiterschut zu fördern.

Zweck und Ziele des Bauarbeiterschutzes

Sprach sodann der Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes, Nikolaus Bernhardt. Anschließend folgten die Wünsche und Forderungen, die die einzelnen Vertreter der baugewerblichen Verbände an den Kongress richteten. Wir können an dieser Stelle nicht des näheren auf diesen ausgezeichneten, inhaltsreichen Vortrag eingehen und müssen unsere Kollegen auf das alsbald erscheinende Protokoll verweisen, das alle Referate ausführlich enthalten wird. Damit fand die Rundgebung im Reichstag ihren Abschluß. Nachstehende Entschlieung gelangte einstimmig zur Annahme:

„Dem unermüdbaren Drängen der organisierten Bauarbeiter ist es in Verbindung mit einer fortschrittlicheren sozialpolitischen Gesetzgebung der Nachkriegszeit gelungen, eine Besserung und Vereinheitlichung des Bauarbeiterschutzes zu erreichen. Aber immer noch ist die Forderung der vorangegangenen drei Bauarbeiterschutkongresse nach einem Reichsbauarbeiterschutgesetz, das sowohl unfallverhütende als auch sanitäre Vorschriften enthalten müßte, unerfüllt.“

Anfallgefahren und Gesundheitsschädigungen aller Art sind infolge der veränderten Bauweisen, der vermehrten Maschinenverwendung und der Leistungssteigerung der Bauarbeiter gewachsen. Obwohl die Unfallverhütungsvorschriften der Bauberufsgenossenschaften durch ihre Zusammenfassung und Vereinheitlichung eine Besserung erfahren haben, bedürfen sie doch dringend einer ergänzenden Verstärkung durch reichsgesetzliche Bestimmungen und ihre Durchführung einer noch umfassenderen Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Der vierte Bauarbeiterschutkongress fordert daher von der Reichsregierung eine weitere Förderung des Bauarbeiterschutzes im vorstehenden Sinne und mahnt gleichzeitig die organisierten Bauarbeiter aller Berufe zur nachdrücklichsten Pflege des Verantwortungsbewußtseins und damit des Selbstschutzes als vornehmstes Mittel zur Minderung der Berufsgefahren.“ Die weitere Tagung des Kongresses fand im Gewerkschaftshaus statt. Der Sekretär im Bundesvorstand des

NOB, Robert Sach, referierte über die „Entwicklung des Bauarbeiterschutzes bis zur Gegenwart“.

Genosse Wüst behandelte Zusammensetzung und Aufgaben der Bauarbeiterschutzkommissionen.

Auf das ausführliche Referat von Dr. F. R. Meyer-Broditz, über: „Erkrankung und Verhütung von Berufskrankheiten im Baugewerbe“ werden wir in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Den Abschluß der arbeitsreichen Tagung bildete ein Referat des Leiters der Bauhütte „Bauwohl“ in Hamburg, Genossen Briel, über: „Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren.“

Auch im Baugewerbe regiere jetzt das Wort „Tempo“.

Die in den Vorträgen der Genossen Meyer-Broditz, und Briel aufgestellten Forderungen wurden ebenfalls in Entschlüsse niedergelegt und einstimmig angenommen.

Im Anschluß an den Kongreß traten der Verbandsvorstand und die Bezirksleiter zu einer Besprechung zusammen.

Sozialstatistisches aus dem Maler- und Lackierergewerbe

Die Bearbeitung der Ergebnisse so umfassender Erhebungen, wie es unter andern die Betriebs- und Berufszählungen des Deutschen Reiches sind, erfordert erhebliche Zeit und Arbeit.

der beruflichen und mit anderen Seiten des deutschen Volkes befaßt. Es scheint deshalb nicht überflüssig zu sein, hier einmal das Wesentlichste festzuhalten, das sich aus jener Erhebung von 1925 für die Wirtschaftsgruppe Maler und Lackierer ergab.

Der Beruf des Malers und Lackierers wird häufig von ein und derselben Person, aber meist getrennt ausgeübt.

Im ganzen Reiche wurden 1925 insgesamt 269 689 hauptberuflich tätige Maler und Lackierer gezählt, davon 8210 weiblichen Geschlechts.

Table with 2 columns: Männliche, Weibliche. Rows: Selbständige, Gesellen und Lehrlinge, Total.

Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl war danach verhältnismäßig groß. Sie waren fast ausschließlich Eigentümer ihrer Betriebe.

Die Maler und Lackierer sind auf viele verschiedene Wirtschaftszweige verteilt. Ihre Streuung nach dem Stande von 1925 ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich.

Table with 2 columns: Männliche, Weibliche. Rows: Baugewerbe, Metallgewerbe, Porzellanindustrie, Holzgewerbe, Eisenbahnen, Glasindustrie, Sonstige Industrien, Total.

Von den männlichen Arbeitnehmern arbeiteten also mehr als sieben Zehntel im Baugewerbe und ein Zehntel in der Metallindustrie.

Was nun die Gliederung nach dem Alter anbelangt, so waren unter den männlichen Selbständigen 30 % 40 bis 50 Jahre und 29 % 30 bis 40 Jahre alt.

Das Alter der männlichen Gesellen und Lehrlinge nach dem Stande von 1925 zeigt die folgende Aufstellung:

Table with 2 columns: Alter, Anzahl. Rows: Unter 16 Jahren, 16 bis 18 Jahre, 18 bis 20, 20 bis 25, 25 bis 30, 30 bis 40, 40 bis 50, 50 bis 60, 60 bis 65, über 65.

Die jüngsten Altersstufen waren danach bei den Malern und Lackierern ziemlich stark besetzt.

Nach dem Familienstand waren von den männlichen Maler- und Lackierergesellen und Lehrlingen

Table with 2 columns: Familienstand, Anzahl. Rows: ledig, verheiratet, verwitwet oder geschieden.

Der Anteil der Ledigen an der Gesamtzahl war infolge der großen Zahl der jugendlichen Erwerbstätigen größer als bei der Industriearbeiterschaft im ganzen.

Angehörige ohne Hauptberuf hatten die selbständigen Malermeister 127 739, die Gesellen 183 493, oder auf je 100 selbständige Malermeister kamen 138, auf je 100 Gesellen 125 Angehörige.

Stoßiger Glaube

Wer von starkem Willen durchdrungen ist, der hat auch die Kraft, aus dem Willen zu schaffen. Ich will — und es wird. Wir wollen — und wir werden es schaffen!

Und wir wollen, weil uns ein glühendes menschliches Gefühl erfüllt. Auch du sollst es besser haben als heute, Bruder. Auch du, Menschenschwester, sollst dich erfreuen können eines schöneren Zusammenlebens.

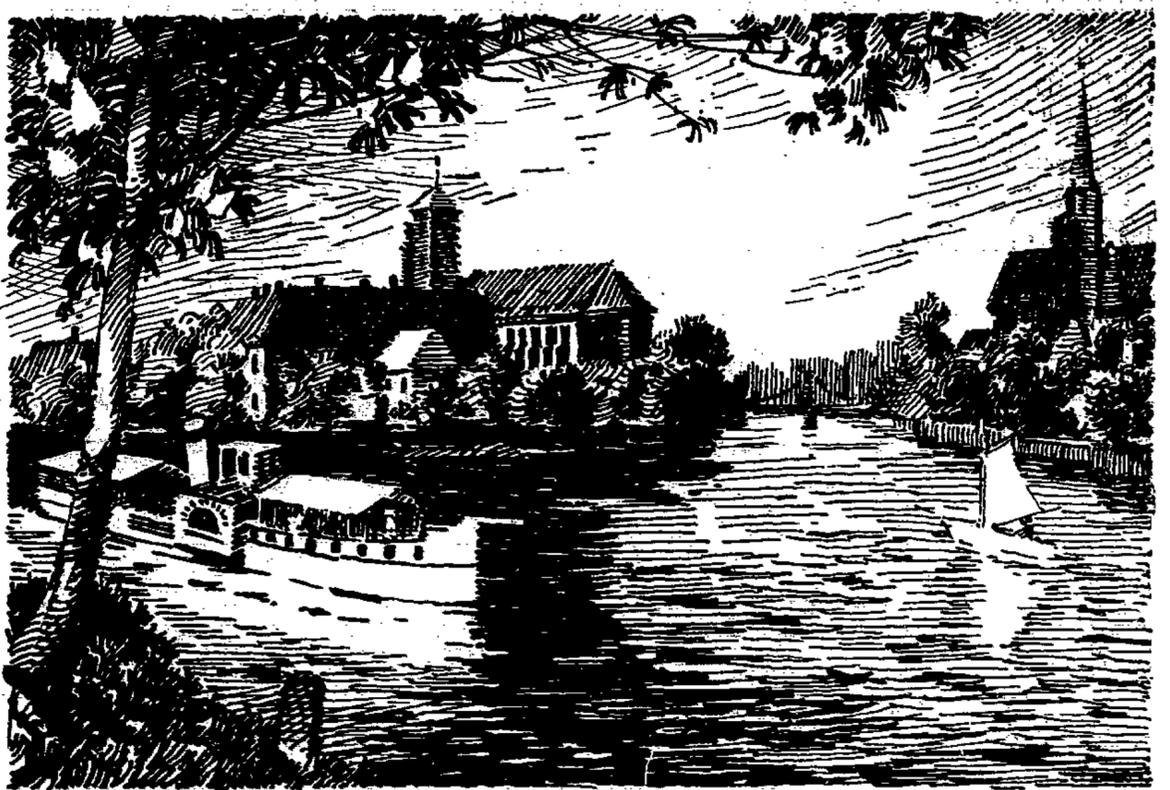
Liebe des Menschen zum Menschen ist es, die uns bewegt. Aus heiligem Einsgefühl mit allem Leben lieben wir Leben, streben wir alle für Leben, kämpfen wir alle für Lebensrecht.

Wer da zweifelt am großen Werden der Zukunft, der hat nicht die große Liebe zum Menschen, die da vollbringen kann.

Bisher wurde die Liebe entweicht. Zum Almosengeben ward sie erniedrigt. Während die echte, große und starke Liebe schafft und will. Und überwindet. Und gestaltet. Und erreicht. Allen zum Trost.

Schweig, ihr Schwächlinge und ihr Mörgler! Ihr habt nicht die große Liebe zum Menschen, die da alles kann.

Nur wer die Menschheit liebt, ist Schöpfer, ist Vollender. Unser Glaube an das Ideal der Menschlichkeit, der Wahrheit und der Schönheit ist der Feuerborn unseres Sieges. Und wir stehen zum Banner in solidarischer Kraft. Und erreichen, von stärkstem Glauben durchdrungen, das Unmögliche.



SANDINSEL IM FRÜHLING

AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

Ein Verbandsjubilar

Am 1. Juni konnte unser Kollege Heinr. Arnberg in Dortmund sein Jubiläum als 25jähriger Angestellter der freien Gewerkschaften feiern.

Mit dem Kollegen Arnberg, der am 1. Juni 1906 in Dortmund als Filialangestellter bestellt wurde, ist ein großes Stück Verbandsarbeit, besonders unserer Filiale Dortmund, verbunden.

Am 1. November 1921 schied Kollege Arnberg von seiner Tätigkeit als Filialangestellter aus und übernahm das Arbeitersekretariat des NDB., Ortsausschuß Dortmund.

Welch schwere und segensreiche Tätigkeit hier unser Kollege Arnberg geleistet hat, weiß die organisierte Arbeiterschaft und werden die rechtlichsuchenden Gewerkschaftskollegen anerkennen.

Die Ortsverwaltung der Filiale Dortmund gratuliert im Namen ihrer Mitglieder, wenn auch nachträglich, recht herzlich und hofft, daß ihr die tat- und rechtskräftige Mitarbeit des Kollegen Arnberg noch recht lange erhalten bleibt.

Mißstände im Lehrlingswesen

Gelegentlich der Versammlung der hessischen Handwerkskammer führte ein Kontrollbeamter unter anderem aus: „Es ist geradezu beängstigend, wie es in einzelnen Orten in bezug auf die Lehrlingsausbildung aussieht. Vielfach werden von dem Lehrmeister nicht einmal die wöchentlichen Vergütungen, die im Lehrvertrag festgelegt sind, bezahlt. Wegen des Arbeitsmangels werden die Lehrlinge wochen- und monatelang nach Hause geschickt, worunter ihre Ausbildung außerordentlich leidet. Es sind in den letzten drei Jahren Fälle vorgekommen, in denen Lehrlinge nur 12 bis 13 Wochen im Jahre arbeiteten. Das hat zur Folge, daß keine Lehrverträge mehr abgeschlossen werden oder richtiger gesagt, werden können. Geschieht es doch, so steht der Lehrvertrag auf dem Papier, ohne daß sich der Lehrmeister daran hält. Wer will das Risiko eines Vertrages übernehmen, wenn kaum Arbeit vorhanden ist? Dazu kommt die Rechtspredung, in der vielfach wenig Verständnis für die trostlose Lage im Handwerk gezeigt wird. Auch der Widerstand der Eltern dieser Lehrlinge gegen den Abschluß eines Vertrages, der ihnen ihre mutmaßlichen Rechte aus der Versicherungsgesetzgebung beschneidet, ist nicht zu unterschätzen. Damit schlittern wir allmählich in einen unhaltbaren Zustand, der gefährliche Konsequenzen birgt, zum Beispiel tarifvertragliche Regelung der Lehrlingsbeschäftigung, Entlohnung usw. Es bedarf der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Kammer, um die gesetzlich verbrieften Rechte des Handwerks zu wahren.“

So, jetzt ist die Rage aus dem Saal. Verbriefte Rechte für den Handwerker, der nicht einmal seine Pflichten gegen die Lehrlinge erfüllen kann, das ist für die Handwerkskammer das Wichtigste. Wir aber verlangen, daß Schluß gemacht wird mit solchen Lehrmeistern; ihnen gehört das Handwerk gelegt. Aus dem Bericht geht klar hervor, daß man gar nicht ernstlich gewillt ist, Ordnung zu schaffen, diese ist aber nur allein durch die tarifliche Regelung zu erreichen. Die Handwerkskammer ist für Lehrlingsfragen überflüssig. In Streitfällen wird besser das Arbeitsgericht in Anspruch genommen. Bei einer tariflichen Regelung allein sorgen schon die Verbände für geordnete Verhältnisse, auch in bezug auf die Heranbildung eines fachlich tüchtigen Nachwuchses.

Daß die Arbeitgeber nicht bereit sind, irgendwelche Opfer im Interesse der Heranbildung guter Gehilfen zu bringen, geht auch daraus hervor, daß man allgemein dazu übergeht, die vierjährige Lehrzeit einzuführen. Auch die hessische Handwerkskammer hat einen dahingehenden Antrag der Arbeitgeber gegen den schärfsten Widerspruch des Gesellenausschusses angenommen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns damit nicht ohne weiteres abfinden werden, sondern alle Maßnahmen zu treffen gedenken, um den Anschlag der Arbeitgeber abzuwehren. Wir haben den Eindruck, daß nur deshalb die Malerlehrlinge 4 Jahre lernen sollen, damit die Arbeitgeber auch die letzten wenigen Gehilfen, die sie noch beschäftigen, nach Hause schicken können. S ü t f.

Überstunden-Wirtschaft

Es ist kaum glaubhaft, daß bei der großen Arbeitslosigkeit noch über 48 Stunden die Woche gearbeitet wird, da diese Arbeitszeit doch schon längst nicht mehr den Verhältnissen entspricht und schon lange einer Abänderung nach unten bedürftig hätte. Daß es aber trotzdem geschieht, beweist uns folgende Zuschrift aus Köln:

Bei den Maler- und Anstreicherarbeiten auf dem Feldgelände wurden bei den Firmen Begler, Sales, Gay, Ritter & Drieling und Niederhäuser pro Woche 10 bis 30 Überstunden geleistet, auch an den Sonntagen wurde bis 12 Stunden gearbeitet. Bei der Fertigstellung der Neubauten der Gemeinnützigen Wohnungs-A.G. auf dem Kalkerfeld werden Überstunden verlangt und auch geleistet, auch dort wurde an Sonntagen gearbeitet. Im städtischen Verwaltungsgebäude am Hof wurde bei Renovierungsarbeiten täglich 11 Stunden gearbeitet, auch dort wurde Sonntagsarbeit verlangt.

Und das zur selben Zeit, in der im Stadtgebiet Köln 900 Maler- und Anstreichergehilfen arbeitslos

waren und hofften, auch einige Wochen Arbeit und Verdienst bekommen zu können. Ist es da nicht unerhört, unter solchen Umständen zu verlangen, daß Überstunden gemacht werden müssen. Dabei redet man noch von Volk- und Schicksalsgemeinschaft.

Das Frappierende ist jedoch, daß die zuständigen Behörden das alles mit völliger Gleichgültigkeit behandeln. Anstatt möglichst schnell und fest zuzupacken, geht alles seinen schematischen Lauf. Steht dann die Angelegenheit zur Beratung, dann sind die Arbeiten fertiggestellt und ein Einschreiten hält man für überflüssig. Wird nach langen bürokratischen Methoden festgestellt, daß ein Verstoß vorliegt, werden vielleicht einige Mark Geldstrafe verhängt. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit einen Sinn haben sollen, dann wird schon anders gehandelt werden müssen. Wir empfehlen der Gewerbeaufsicht und der Gewerpelizei, täglich abends nach 5 Uhr und auch an den Sonntagen die Neu- und Umbauten in Köln einer Kontrolle zu unterziehen. Weiter machen wir den Vorschlag, bei den Firmen des öfteren die Lohnbücher einzuziehen und nachzuprüfen. Den gerichtlichen Instanzen wäre nahezu legen, gegen diese Firmen unnachsichtlich vorzugehen. Die Behörden sollen bei Vergebung der Aufträge die Einhaltung der Arbeitszeit zur strengsten Pflicht machen, dabei aber darauf achten, daß die Fristen zur Fertigstellung auch so gelegt werden, daß diese im Rahmen der gesetzlichen Arbeitszeit möglich ist. Die untern Beamten sind anzuweisen, die Arbeitszeit zu überwachen. In dieser Hinsicht geschieht heute von keiner Stelle auch nur das Geringste. Wir haben die Überzeugung, daß die Arbeitslosigkeit herabgemindert werden kann, wenn nur die notwendige Einsicht und der gute Wille sowohl bei den Behörden als auch bei den Arbeitgebern vorhanden wäre.

Zahlstellenkonferenz der Filiale Kiel

Die Vertrauensleute der Zahlstellen des Filialgebietes und die Mitglieder des Filialvorstandes kamen am 31. Mai im Gewerkschaftshaus Kiel zusammen, um alle Angelegenheiten zu besprechen, die für die Kollegen, die als Vertrauensleute des Verbandes in den kleinen Orten den Gewerkschaftsgedanken hochhalten und fördern sollen, von Bedeutung sind. Nur wer selbst in der Lage war, gewerkschaftliche Verwaltungsarbeit verrichten zu müssen, weiß, was bei der Vertretung der Interessen der Mitglieder alles zu bedenken ist. Infolge fortwährender Wandlung der Sozialgesetzgebung werden an den Gewerkschaftsfunktionär immer höhere Anforderungen gestellt. Der Vertrauensmann soll alles wissen. Würden alle Kollegen aufmerksam unsere Verbandszeitung lesen und sich somit möglichst viel Wissen in arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Hinsicht aneignen, dann wäre das Amt unserer Vertrauensleute oftmals wohl etwas angenehmer.

Es ist ein bringendes Bedürfnis, die Praktiker eines Arbeitsgebietes von Zeit zu Zeit zusammenzuführen, um Erfahrungen auszutauschen; das bewies auch wieder der Verlauf dieser Konferenz. Jeder Teilnehmer konnte, was ihm besonders am Herzen lag, vorbringen und über Unklarheiten Auskunft fordern. Daß dabei zuerst über den Stand der Organisation im Filialgebiet gesprochen wurde, ergab sich ganz von selbst. Erfreulich ist, daß die Mitgliederzahl trotz der katastrophalen Wirtschaftslage in Kiel seit 1925 ständig anstieg. Die Zahl der eingetragenen Mitglieder stieg von 558 am Schlusse des Jahres 1925 auf 849 am Schlusse des Jahres 1930. Die Mitgliederzahl nach gezahlten Beiträgen betrug im Durchschnitt des Jahres 1925 553, im Durchschnitt des Jahre 1926 796. Erfreulich ist die von Jahr zu Jahr ansteigende Zahl der geklebten Arbeitslosenmarken. Gegen 3439 Stück im Jahre 1925 wurden im Jahre 1930 12 759 Arbeitslosenmarken geklebt. Es waren demnach im Durchschnitt des Jahres 1930 245 Kollegen erwerbslos. Im Jahre 1930 wurden im Filialgebiet insgesamt 17 942,10 M. Unterstützung ausgezahlt, davon 1628 M. aus der Filialkasse. Besonders angenehm empfanden die Kollegen allerorts die Auszahlung der Sonderunterstützung zu Weihnachten. Die eingeführte Invalidentenunterstützung und die von der Filiale Kiel vom 1. Januar 1929 an gewährte freie Bestattung für Mitglieder, deren Ehefrauen und Kinder, bewirkten zusammen mit den übrigen vom Verband gezahlten Unterstützungen, daß der Mitgliederbestand immer stabiler wird. Die Vertreter der Zahlstellen konnten über einen guten Geist in ihren Mitgliedschaften berichten. Besonders erfreulich war die Feststellung, daß die Zahl der organisierten Lehrlinge ständig steigt und daß die Kollegen, die dem Verband schon als Lehrling angehörten, auch meist als Gehilfen treue Mitglieder sind.

Sehr empört sind in allen Orten die Kollegen über den unerhörten Lohnabbau. Nirgends zeigt sich nach dem erfolgten Lohnabbau mehr Arbeitsgelegenheit für Maler. Die Vertrauensmänner gelobten, die Berufs Kollegen immer mehr zu organisieren und mit dem Geist zu erfüllen, der für erfolgreiche Durchführung der unvermeidlich kommenden Lohnkämpfe Voraussetzung ist.

Mit schwerer Sorge sehen die Funktionäre dem kommenden Winter entgegen, weil die gegenwärtigen politischen Nachthaber die soziale Fürsorge immer mehr verschlechtern. Bedauert wurde, daß die politische Verplitterung der Arbeiterschaft die Kreise immer mächtiger werden läßt, die auf Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung hinwirken. Angesichts des festen Auftretens der Nazis in den kleineren Orten ist festes Zusammenhalten der organisierten Arbeiter dort ganz besonders notwendig. Alle Vertreter mußten anerkennen, daß das Reichsbanner in den kleinen Orten für die Arbeiterorganisationen einen mächtigen Schutzwall bildet. Deswegen müßten alle Kollegen das Reichsbanner fördern.

Eingehend wurde auch die Vertretung der Kollegen vor den Spruchinstanzen der Arbeitsämter, vor den Arbeitsgerichten, Innungsausschüssen besprochen. Nach Er-

ledigung einiger rein verwaltungstechnischer Fragen wurde die Konferenz mit dem Appell an alle Vertreter, zur Stärkung unseres Verbandes alle Kräfte einzusetzen, geschlossen.

Nach Beendigung der Konferenz wurde die vom Gau Norddeutschland des Reichsbundes des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks veranstaltete Berufs- und Fachschulausstellung besichtigt. Diese reich besichtigte Ausstellung ließ deutlich erkennen, daß die Bestrebungen des Reichsbundes, den Unterricht an allen Fachschulen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, bisher guten Erfolg hatten und daß dadurch die gewerbliche Schulung des Nachwuchses wesentlich gebessert werden kann. Hermann Schmidt.

Filialkonferenz Mannheim

Am 3. Mai tagte die Vertreterkonferenz des Filialgebietes Mannheim. Einleitend gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verfllossene Geschäftsjahr. Das große Meer arbeitsloser junger und kräftiger Volksgenossen, in deren Elend sich Mitfühlende hineindenken können, muß durch unsere Hilfe verringert werden. Die Mittel von Reich und Gemeinden sind erschöpft, neue Quellen dafür noch nicht gefunden. So müssen, wie immer, die Arbeiter selbst durch Erklämpfung der vierzigstündigen Arbeitswoche ihren Brüdern wieder zur Lebensfreude verhelfen. Nach diesen Ausführungen des Kollegen Meschke erstattete der Geschäftsführer, Kollege Rehl, seinen Geschäftsbericht für 1930. Die Arbeitslosigkeit, besonders in Baden als Grenzland und Mannheim als Großindustriepol, sei besonders groß. Wir hatten in Mannheim zu Beginn des Jahre 872, im Mai 632, im Juli 562 und im November 814 arbeitslose Kollegen. Es ist dies eine Elendsstatistik, wie noch nie erlebt. Die Kollegen in der Industrie sind zu 70 % arbeitslos und haben keine Gelegenheit, in den Bauberuf zu wechseln wie früher. Viele Betriebe sind Saisonbetriebe, Kurzarbeit fast auf der ganzen Linie. Daß unter solchen Umständen unser Fortschritt gelähmt wird, ist erklärlich. Oft müssen bei der Hausagitation die Wahrnehmungen gemacht werden, daß guter Wille und auch Verständnis für unsere Sache besteht, aber die Fessel der Arbeitslosigkeit läßt diesen Armen keine Bewegungsmöglichkeit. Daher auch die Zunahme der Fälle vor der Spruchkammer und dem Arbeitsgericht, wo unsern Kollegen zu 90 % mit Erfolg Rechts-hilfe geleistet werden konnte. Ganz besonders traurig sind die Fälle, die zur Auflösung des Lehrverhältnisses führten. Mit der Innung ist es gelungen, im Kammerbezirk Mannheim-Heidelberg eine Neuregelung der Lehrlingshaltung zu erreichen. Die Durchführung wird von uns streng überwacht werden. Trotz der schweren Zeit waren wir in der Lage, die Mitgliederzahl zu halten. Die Jugendabteilung zählt 181 Lehrlinge gegen 201 im Vorjahre, der Rückgang erfolgte wegen Beendigung der Lehrjahre. Wir hoffen, durch die eingeleitete Werbeatktion die Lücke bald wieder ausgleichen zu können. Die Versammlungsstätigkeit im Gebiet war sehr rege. An Veranstaltungen sind eine Jubilärfest, ein Jugendtreffen und Filmvorführungen für Sachwerterhaltung zu erwähnen. Durch unsere und durch die Vorstellung der Innung bei den Behörden ist es gelungen, 200 000 M. ins Budget einzusetzen für Instandsetzungsarbeiten öffentlicher Gebäude. Am Schlus fürborte Kollege Rehl zu erneuter Tätigkeit für die Bewegung auf; denn es sei nicht auszudenken, wie sich die Krise bei schwachen Gewerkschaften oder gar deren Fehler katastrophal für das arbeitende Volk auswirken würden. Der Massenbericht lag schriftlich vor. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Das Referat des Bezirksleiters, Kollegen Suß, zu den Lohnverhandlungen, war erschöpfend und beleuchtete in klarer Weise die Situation. Am Lohn, der heute nur ein politischer sei, wie auch die Warenpreise politisch dirigiert werden, können wir erkennen, daß die Löhne sich nicht mehr wirtschaftlich, sondern politisch gestalten. Es gelte jetzt, alles aufzubieten, damit nun der neue Tariflohn auch gezahlt werde. Vor allem müsse aber dahin gewirkt werden, unsere Reihen weiter zu stärken, und wenn jeder seine Pflicht tut, kommen wir auch über diese schlimmen Krisenzeiten hinweg. Dann war noch ein kleiner feierlicher Akt zu erfüllen: dem Kollegen Rehl, der dieses Jahr sein 25jähriges Jubiläum als Geschäftsführer feiert, unsere Anerkennung zu erweisen. Mit der Mahnung zu steter Werbearbeit schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Die Jahres-Generalversammlung der Filiale Nürnberg

tagte im Saale der Germanenhalle. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der in diesem Geschäftsjahr durch Tod aus untern Reihen geschiedenen Kollegen durch einen ehrenden Nachruf.

Dann erstattete den Jahresbericht für das verfllossene Geschäftsjahr unser Bevollmächtigter Kollege Müller. Er wies einleitend auf die 1930 einsetzende Kreditperre für die Gemeinden und öffentlichen Körperschaften hin, deren Auswirken im Zurückgehen der Bauaktivität und des Beschäftigungsgrades in unserm Berufe verurachten ungeheuren Arbeitslosigkeit, die der gesamten Tätigkeit der Organisation ihren Stempel aufdrückte. Besproch dann die Tarif- und Lohnbewegung im Jahre 1930 und die örtlichen Verhandlungen sowie die Arbeiterbewegung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, wobei er hervorhob, daß auch im verflossenen Jahre verschiedene Unternehmer wegen Tarifvergehens auf Grund des § 14 des Reichstarifvertrages zur Zahlung an die Kaffe des Ortsrates durch das Ortsarbitrium verpflichtet werden mußten.

Trotz der Arbeitslosigkeit konnte der Mitgliederstand im allgemeinen gehalten werden. Der Zugang betrug 313 Mitglieder, dem ein Abgang von 348 Mitgliedern gegenübersteht. Die wesentlich verschlechterte Lage im Berufsstand wirkte sich auch in der Beitragszahlung aus. So wurden im Jahre 1929 21 490 Erwerbslosenbeiträge zu 10 % verabsolgt, im Jahre 1930 ist die Zahl auf 34 247 gestiegen. Außer der zur Auszahlung gelangten Sonderunterstützung im Betrage von 5868 M wurden von der hiesigen Malereigenossenschaft 1500 M und aus Mitteln des Ortsstarikamtes 300 M freigemacht und zur besonderen Unterstützung der Kollegen verwendet, wobei der Berichterstatter der Malereigenossenschaft auch von dieser Stelle seinen Dank ausspricht. 18 Tarifstreitigkeiten wurden in den drei Ortsstarikamtssitzungen zur Entscheidung gebracht. 16 von diesen Fällen wurden zugunsten der Arbeitnehmer erledigt, und kamen 1812 M zum Teil an die Kollegen selbst, soweit sie ihr Recht gegenüber dem Arbeitgeber innerhalb zweier Lohnwochen geltend gemacht hatten, zur Nachzahlung. In den andern Fällen wurden die Beträge der Kasse des Ortsstarikamtes zugeführt. In einem Falle mußte sich das Landesstarikamt mit einer Berufungssache zu unsern Gunsten befassen. In 36 Fällen wurden Klagen vor den Arbeitsgerichten vertreten, wovon 28 Fälle zugunsten unserer Kollegen, mit einer Summe von 1231 M, zur Erledigung kamen. Vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter wurden unsere Kollegen in 21 Fällen vertreten. In zwei Fällen wurden Berufungsfälle mit Erfolg vor der Spruchkammer vertreten. Erwähnt wurden hierbei auch die nachhaltigen Bemühungen um Verrückung der Einstellung des Arbeitsamtes im Bereiche der Verwaltungsstelle der Filiale Nürnberg, in bezug auf Anwendung der Sonderbestimmung bei berufstätlicher Arbeitslosigkeit auf unsere Berufskollegen. Fast ausschließlich hatten die Arbeitsämter, und das Arbeitsamt Nürnberg besonders, ohne jegliche Auscheidung, unsere Kollegen unter vorerwähnte Bestimmungen eingereiht und die erhobenen Einsprüche vor dem Spruchauschuss abgewiesen. In den letzten Tagen sei es erst gelungen, auf Grund in andern Spruchkammern gefällter Entscheidungen, und besonders der grundsätzlichen Entscheidung des Spruchsenats, eine veränderte Haltung herbeizuführen, so daß eine größere Anzahl von Kollegen, bei denen die Voraussetzungen beim Arbeitsverhältnis gegeben sind, größere Nachzahlungen zu erwarten und zum Teil bereits ausgezahlt sind. — Aus alledem ergebe sich die vielseitige und bedeutungsvolle Tätigkeit der Ortsverwaltung. In 221 Tagen ist der Geschäftsführer in Sitzungen und Versammlungen der verschiedensten Art, darunter an 96 Tagen in Zahlstellen, unterwegs gewesen. Zur Beschaffung von Winterarbeiten seien mit einem größeren Betrage aus Mitteln der Ortsstarikamtkasse drei Kollegen bei der Aufnahme von Objekten, die einer Bearbeitung durch unseren Beruf benötigen, tätig gewesen, und haben annähernd 5000 Meißelarbeiten dem Reichsausschuss für Sachwertverhaltung zur weiteren Bearbeitung übermittelt werden können. Jedoch müsse festgestellt werden, daß die Arbeitsgeber in Nürnberg, Fürth und auch in andern Orten, dieser Werbearbeit passiv gegenüberstehen.

Den Kassenbericht erstattete Kollege Gollner. Die Einnahmen und Ausgaben in der Filiale bewegen sich mit 97 434,17 M. Der Mitgliederstand ergibt am Schlußjahr 1846 Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren und nach kurzer, sachlicher Diskussion wurde dem Kassierer die beantragte Entlastung erteilt.

Hierauf gibt Kollege Dborfer als Altgenosse und im Namen der Lehrlingskommission einen Bericht über die Tätigkeit im Lehrlingswesen, die in zehn Sitzungen mit den Arbeitgebern und in mehreren Nachmittagen Eignungs- und Gesellenprüfungen durchgeführt und viele Lehrlingsstreitigkeiten nach § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes erledigt habe.

Die unterdessen durchgeführte Wahl der Filialverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl. Nachdem Kollege Vollenhals noch den Bericht von der Sitzung des Ortsausschusses des AOBV. erstattet hatte, fand nach kurzem Schlußwort des Vorsitzenden die gutbesuchte, von kollegialem Geiste getragene Versammlung ihren Abschluß.

Halle. Am 3. Mai fand die Vertreterversammlung der Filiale Halle statt. Anwesend waren 19 Delegierte aus Halle und den Zahlstellen. Nach Erledigung des ersten Punktes „Geschäftliche Angelegenheiten“ erhielt Kollege Bezirksleiter Vogt das Wort zum Bericht über die zentralen Lohnverhandlungen. Er gab zunächst einen Rückblick über die Lohnentwicklung der letzten Jahre und schilderte dann in großen Zügen den Verlauf der bisherigen Lohnverhandlungen, die nur unter Überwindung größter Schwierigkeiten zu Ende geführt werden konnten. Das Ergebnis kann in keiner Weise befriedigen. Unter den schwankenden Umständen, die allen Kollegen bekannt sein dürften, war aber ein besserer Abschluß nicht zu erreichen. Da das Verhandlungsergebnis endgültig ist, beschränkte sich die Diskussion auf verschiedene Anfragen. Eine lebhafte Debatte entstand über die 40-Stunden-Woche, zu der an Hand praktischer Beispiele Stellung genommen wurde. Hierauf gab Kollege Untage den Geschäftsbericht. Da dieser den Delegierten schon schriftlich übermittelt worden war, konnte sich der Geschäftsführer auf Ergänzungen beziehungsweise Erklärungen beschränken. Kollege Vogt verwies in der Ansprache auf den Stand der Filiale und verlangte, daß alle Kräfte für die weitere Stärkung eingesetzt werden. Nachdem in der weiteren Aussprache noch auf die Schwierigkeiten verwiesen wurde, die sich einer umfassenden Werbetätigkeit entgegenstellen, wurde die im übrigen gut verlaufene Konferenz durch den Vorsitzenden, Kollegen Böhme, geschlossen.

Falsche Behandlung verschlimmert das Uebel

Raum auf einem Gebiet gibt es so viele tüchtige alte Hausrezepte wie auf dem der Verbrennungen. Trotz aller Aufklärung vererben sich diese längst als falsch, ja gefährlich bekannten Maßnahmen von Generation auf Generation. Vielleicht wird dieser Uebelstand dadurch erklärlich, daß Brandwunden auch leichteren Grades ungewöhnlich stark schmerzen, so daß die Betroffenen und die, die ihnen helfen wollen, den Kopf verlieren und irgend etwas tun, nur damit etwas getan wird.



Bei solcher Verbrennung nur eine Brandbinde!

Bestell Nr. 364 - d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W.9.

An jeder Arbeitsstelle muß entsprechend den Vorschriften der Berufsgenossenschaften eine Einrichtung für „Erste Hilfe“ vorhanden sein. In größeren Betrieben ist es meistens eine Sanitätsstube oder ein Verbandszimmer, in mittleren und kleinen Betrieben muß aber wenigstens ein Verbandkasten vorhanden sein. In jedem vorschriftsmäßigen Verbandkasten befindet sich auch eine Brandbinde. Die richtige Anwendung dieser Brandbinde ist für den Verbrannten eine Wohltat; denn die in solcher Brandbinde enthaltenen Stoffe lindern augenblicklich die wahnwitzigen Schmerzen, ja lassen sie meist binnen kurzem völlig verschwinden. Außerdem verhindern sie die Verunreinigung der Brandwunde, die sonst natürlich wie jede andere Wunde „Infektionsmöglichkeiten“ und damit die Gefahr von Entzündungen, Vereiterungen, Blutvergiftungen usw. in sich trägt. Auch in jedem Haushalt, jeder Schule, jedem öffentlichen Gebäude sollten Verbandkästen in der von den Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Zusammenstellung vorhanden sein.

Enden. Der Jungkollege Balker Meune wollte eine an der Wand hängende, 10 m lange Anlegeleiter herunternehmen; dabei rutschte er aus, die Leiter fiel auf ihn, wodurch er einen Unterschenkel- und einen Fußbruch erlitt.

Frankfurt a. M. Der Obergestreite Rehm, der dienstunfähig war, sollte am 29. Mai auf dem Gedenkstein für das Infanterie-Regiment 48 das eiserne Kreuz anstreichen. Als er auf den Stein geklettert war und sich an dem Kreuz festhalten wollte, brach es ab. Rehm fiel herab und erlitt durch das nachstürzende schwere Kreuz so schwere Verletzungen, daß er bald danach starb.

Baugewerbliches

Presseangriffe gegen die Bauhütte Solingen.

In kapitalistischen Blättern sind in den letzten Wochen gegen die Bauhütte Solingen schwere Angriffe erhoben worden, die nach Angabe der Zeitungen von der Stadtverwaltung Solingen ausgehen sollten.

Zur Klarstellung dieser Angriffe haben am 29. Mai 1931 zwischen der Stadtverwaltung und dem Bauamt der Stadt Solingen einerseits sowie Vertretern der Bauhütte und des Verbandes sozialer Baubetriebe andererseits Besprechungen stattgefunden. Bei diesen Besprechungen erklärten Bürgermeister Brisch und Stadtbaurat Schmidhäusler, daß die Stadt für die Presseangriffe gegen die Bauhütte im einzelnen nicht verantwortlich sei. Die Stadt habe beispielsweise nicht behauptet, daß die Bauhütte Altmaterial, daß der Straßenbahn gehörte, als Neumaterial abgerechnet habe. Dieser Vorwurf sei vielmehr gegen eine private Baufirma aus Köln erhoben worden.

Wegen der übrigen Vorwürfe gegen die Bauhütte Solingen ist von der derzeitigen Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der Bauhütte sowie vom Verband sozialer Baubetriebe sofort nach Bekanntgabe der Beschuldigungen erklärt worden, daß Unregelmäßigkeiten, sofern solche bei der Bauhütte vorgekommen sein sollten, nicht gebilligt, daß vielmehr gegen jeden, der sich etwa schuldig gemacht haben sollte, mit unnachlässiger Strenge straf- und zivilrechtlich vorgegangen würde.

Bis heute ist aber weder aus den der Bauhütte übergebenen städtischen Unterlagen, noch aus den Akten der Bauhütte ein Beweis für das Vorliegen einer strafbaren Handlung und damit für ein Vorgehen der Geschäftsführung im angebotenen Sinne gegeben.

Trotzdem ist bei der Abrechnung der bezeichneten Arbeiten im Amt befindliche Geschäftsführer nach Bekanntwerden der Beschuldigungen vom Aufsichtsrat der Bauhütte sofort abberufen worden. Die neue Geschäftsführung der Bauhütte hat außerdem sämtlichen Büroangestellten gekündigt. Die Untersuchung zur völligen Klärung aller gegen die Bauhütte erhobenen Vorwürfe wird von der neuen Geschäftsführung mit allem Nachdruck weitergeführt.

Wer sich mit Bauarbeiten beschäftigt, weiß, daß Streitigkeiten zwischen Bauherren und Bauunternehmern sehr leicht möglich sind und je nach der Größe des Objekts mehr oder weniger große Ausmaße annehmen. Normalerweise werden solche Streitigkeiten durch Aussprache zwischen den Beteiligten aus der Welt geschafft. In Solingen ist die Bauhütte mit zwei weiteren Unternehmern mit der Ausführung der großen Arbeiten für die Straßenbahn betraut worden. Fast sieben Jahre hat die Ausführung der Arbeiten in Anspruch genommen, ohne daß dabei Reibungen von Bedeutung entstanden wären. Jetzt nachträglich treten auf Grund von Denunziationen entlassener Angestellter Streitfälle auf und diese werden in der kapitalistischen Presse ganz einseitig allein gegen die Bauhütte ausgeschlachtet, obgleich die angeblichen Verfehlungen die Privatunternehmer gleichermaßen treffen.

Schon am 31. März 1931 hat die Bezirksleitung West des Verbandes sozialer Baubetriebe und am 5. Mai die Bauhütte Solingen selbst der Stadtverwaltung Solingen vorgeschlagen, die Streitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten auszutragen. Trotzdem sind am 20. Mai in der Öffentlichkeit erneut allgemeine, nicht erwiesene Beschuldigungen erhoben worden. Es ist ein förmliches Trommelfeu gegen die Bauhütte geführt worden, die dadurch sehr geschädigt und in ihrer Existenz gefährdet worden ist. Das ist offenbar der Zweck des Vorgehens in der kapitalistischen Presse.

Durch den nunmehr von beiden Parteien beschrittenen Rechtsweg ist die Gewähr gegeben, daß die bestehenden Streitfragen geklärt und damit aus dem öffentlichen Streit herausgenommen werden können.

Donnerstag

ADRESSENÄNDERUNG:

Mit dem 1. Juli 1931 verlegt der Internationale Gewerkschaftsbund (bisher Amsterdam W, Tesselschadestraat 31) seinen Sitz nach Berlin. Seine neue Adresse wird lauten: Berlin SO 16, Köpenicker Strasse 113.

CHANGE OF ADDRESS:

On July 1st, 1931, the International Federation of Trade Unions (at present at 31, Tesselschadestraat, Amsterdam W), will remove to Berlin, where its address will be: Berlin SO 16, Köpenicker Strasse 113.

CHANGEMENT D'ADRESSE:

A dater du 1er Juillet 1931, la Fédération Syndicale Internationale (adresse actuelle: Tesselschadestraat 31, Amsterdam W), transfère son siège à Berlin. A partir de cette date, sa nouvelle adresse sera: Köpenicker Strasse 113, Berlin SO 16.

Werkstätten

Werkstätige treiben Flugsport!

Der „Sturmvogel“, Flugverband der Werkstätigen e. V., beginnt das dritte Jahr seiner Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit darf man einen Blick zurückwerfen auf die Zeit seines Entstehens: „Luftfahrt — Sache des ganzen Volkes“, „Flugsport muß Volkssport werden“, mit diesen Leitsätzen trat der junge Fliegerverband in die Öffentlichkeit. Damals lächelten nicht nur die Laien mitteilig über ein so schwieriges Unterfangen. Mögen auch die Grundideen des „Sturmvogel“ manchem Sportfreund schon nahegelegen haben, ihre Ausführung erschien jedoch auf Jahrzehnte hinaus unerfüllbar im Hinblick auf die hohen Kosten, die bisher mit dem Fliegen verknüpft waren. Aber die Rechnung, daß auch auf diesem Gebiet eine Massenorganisation der Werkstätigen das schier Unerreichbare verwirklichen könne, hat sich als richtig erwiesen. Allein der äußere Bestand des „Sturmvogel“ beweist es.

Überall in ganz Deutschland sind Ortsgruppen des Verbandes emporgewachsen, und noch immer mehr tatendurstige alte und junge Sportfreunde melden sich an. Im Gau Berlin beispielsweise ist der „Sturmvogel“ überhaupt die größte aller Flugvereinigungen. Nicht jedoch nur in den Großstädten und Luftverkehrszentren, auch in kleinen und kleinsten Orten haben sich genügend Flugbegeisterte zusammengefunden. Die Zahl der Gruppen

„Geben Sie der Schere nur den Kaufpaß!“

Ein Kerl, der in die Welt paßt, ist dieser pat. Original-Nidgely-Tapetenschneider. Er macht Ihnen soviel Vergnügen, daß er schnell Ihr bester Freund wird. Ihre Schere bekommt für immer Langeweile. —

Ehe Sie bis drei gezählt haben, ist die längste Bahn haarscharf beschnitten. Großartig — Sie müssen diesen prächtigen Tapetenschneider auch kennenlernen. Ein Kind unserer Zeit. Für wenig Geld ist er für's Leben Ihr Liebling. —

Alle fagens doch —

L'AMMIE
Tapetenschneider
mache besser!
Paris 6, 12, rue de Valenciennes, 12

Berufsunfälle

Bremen. Der 16jährige Lackiererlehrling Joh. H. a. s. e. fiel am 29. Mai in der Werkstatt über eine Reihel, wodurch er sich eine Fußverletzung zuzog, die ihn erwerbsunfähig machte.

